7. Jahrg. Nr. 22A

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungbolschewist", „Die Rote Sichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein, Wüstegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklame-Preis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige

Dienstag, 27. Januar 1925.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2,40 Gm wöchentl. 60 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kiosk 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 544 — Fernsprecher: Breslau, Ring 3887.

Fußtritt der Entente für die Monarchistenregierung

Köln wird nicht geräumt. — Neue Zwangsmaßnahmen angedroht.

Wie bekannt, schickte der Herr Stresemann, ehemaliger und jetziger Außenminister, am 6. Januar eine Note an die alliierten Vertreter in Berlin, in welcher er, Herr Stresemann, ausführlich begründete, daß es Pflicht der Entente sei, vertragsmäßig die Kölner Zone zu räumen.

Die Ententevertreter hielten es unter ihrer Würde, bis gestern überhaupt nur ihren deutschen Untergebenen eine Antwort zu schicken. Die Daweskolonie darf eben nicht den Mund auftun, sondern muß kuschen und arbeiten.

Gestern nachmittag faßten die Vertreter der Alliierten doch ein „mildes" Herz und übergaben Herrn Stresemann die Antwort auf seine Note vom 6. Januar. In dieser Note heißt es:

„Die alliierten Regierungen haben von dem Herrn Stresemann am 6. Januar an die alliierten Vertreter in Berlin gerichtete Note Kenntnis (!) genommen, womit die frühere Note der alliierten Regierungen beantwortet wurde. Sie nimmt auf die Durchführungen der Bestimmungen des Artikels 429 des Friedensvertrages über die Besetzung der Kölner Zone bezeichneten Teiles (!) der von den alliierten Truppen besetzten Gebietes B....

Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten, oder sich auf Behauptungen einzulassen, die sie in keiner Weise anerkennen können. Wie sie der deutschen Regierung bereits in ihrer Kollektivnote vom 5. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihr später eine neue Mitteilung zukommen lassen, die festsetzt, welche Maßnahmen sie von Deutschland noch erwarten, damit seine Verpflichtungen im Sinne des Artikels 429 des Vertrags von Versailles als getreulich erfüllt angesehen werden können."

Eine feine Note! So spricht nur ein Herr mit seinem niedergeschlagenen Knecht. Das ist der Pazifismus und der Verständigungswille der Entente in Reinkultur. Denken wir nur noch zurück an die Himmelstiraden der Sozialdemokraten, die uns bei der Annahme des Sachverständigengutachtens vorgegaukelt wurden. Die Sozialdemokraten und die übrigen Erfüllungsparteien erzählten uns, daß durch die Annahme des Gutachtens nicht nur das Ruhrgebiet und die Kölner Zone zu schon festgesetzten Terminen geräumt werden, sondern daß auch bald die deutsche Wirtschaftslage und die Lage der Arbeiter sich heben würde.

Obige Antwortnote der Alliierten zeigt erneut den völligen Bankerott der Erfüllungspolitik. Die „Friedliebenden" jenseits des Rheines führen nicht ein Argument an, das die Nichträumung der Kölner Zone begründen sollte. „Wir wünschen im gegenwärtigen Moment nicht zu diskutieren", ist die Antwort der Ententekapitalisten auf die berechtigte Forderung der Räumung der Kölner Zone. Gegen diese Antwort protestiert kein englischer, französischer, belgischer Sozialdemokrat. Sie alle machen diese Sklavenpolitik mit und heißen sie gut.

Und die Deutschnationalen?

Sechs Jahre lang haben sie gegen den Schandvertrag von Versailles, gegen die unselige Erfüllungspolitik, gegen die Ramponierung der deutschen Ehre gewettert und durch ihre Demagogie sich die Gefolgschaft großer Teile des Kleinbürgertums gesichert.

Was tun jetzt diese Demagogen?

Sie schluden die Bedingungen der Entente genau so, wie es ihre schwarz-rot-goldenen Vorgänger in der Regierung getan haben.

Der Unterschied in der Behandlung der Regierungen durch die Entente besteht nur darin, daß die Monarchisten noch um einige Nuancen gröber behandelt werden.

„Wir haben keine Lust, mit Euch zu diskutieren." Das ist die Antwort der Entente an die Monarchistenregierung. Vielleicht werden die Herren Sozialdemokraten sich angesichts dieser Behandlung der Monarchisten in die Brust werfen. Denn bescheiden, wie die Lumpen sind, werden sie stolz darauf sein, von der Entente in einer milderen Tonart behandelt worden zu sein. Genau so wie der erste Kammerdiener eines Herrn mit Herablassung auf den zweiten Lakaien blickt, werden die Breitscheidgenossen jetzt auf die Deutschnationalen blicken.

Wir wollen uns in diesen Streit nicht mischen und stellen fest:

Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold treiben die gleiche Erfüllungspolitik. Alle Kapitalistenparteien von den Sozialdemokraten bis zu den Völkischen sind gegenüber der Entente keine Machtfaktoren.

Sie wollen, werden und müssen Erfüllungspolitik auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft treiben. Sie haben im Auftrage des Daweskapitals die Rollen des Antreibers der deutschen Arbeiter übernommen.

Wiederum betrogen sind die Werktätigen in Deutschland, die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern.

Sie sind es, die das Sklavenjoch, das die Monarchisten in Gemeinschaft mit den Zweckmäßigkeitsrepublikanern aufgerichtet haben, tragen sollen. Unter der schwarz-rot-goldenen Fahne der großen Koalitionsregierung sind die werktätigen Massen in den Sumpf der Erfüllungspolitik hinein geführt worden.

Das schwarz-weiß-rote Banner des Bürgerblocks führt aus diesem Sumpf nicht hinaus, sondern noch tiefer hinein... **Köln wird nicht geräumt. Neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland werden angedroht. Das sind die Erfolge des neuen Kabinetts!**

Gehen den mit nationalistischen Redensarten gefütterten Anhängern der deutschnationalen Parteien nicht endlich die Augen auf?

Genossen in den Betrieben, nützt jede Stunde zur Agitation.

Zeigt Euren irregeführten Klassengenossen, daß nur die Kommunistische Partei den Weg aus dem Dawessumpf weist.

Regierung der Werktätigen, Bündnis mit Sowjetrußland allein können die werktätigen Massen aus der Morgan-Sklaverei erretten.

Die Wegbereiter der Konterrevolution.

Von Wilhelm Pieck.

Die sozialdemokratische Führerschaft hat seit dem August 1924 ein offenes Bündnis mit der Monarchie und mit allen konterrevolutionären Elementen unterhalten. Je stärker die oppositionelle Bewegung gegen die Kriegspolitik der Sozialdemokratie anwuchs, um so unverschämter haben sie der Bourgeoisie Henkersdienste gegenüber der Arbeiterschaft geleistet. Wer es noch nicht wußte, dem hat der Magdeburger Ebert-Prozeß die Augen geöffnet, welcher Erbärmlichkeiten die sozialdemokratische Führerschaft fähig ist. Als die Monarchie stürzte und die Gefahr bestand, daß die deutsche Arbeiterschaft dem Beispiel des russischen Proletariats folgte, stellte die sozialdemokratische Führerschaft aus ihrer Mitte den Massenschlächter Noske der Bourgeoisie zur Niederschlagung des revolutionären Proletariats zur Verfügung. Mehr als 15 000 Proletarierleichen zeugen von dem Blutsbündnis, das die Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie gegen die Revolution geschlossen hat. Die sozialdemokratische Führerschaft stellte ferner einen der ihren als Reichspräsidenten der Bourgeoisie zur Verfügung, um durch Ausnahmeverordnungen die revolutionäre Arbeiterschaft am Kampf gegen ihre Verelendung und Versklavung zu hindern. Die sozialdemokratische Führerschaft schloß das Bündnis mit dem in- und ausländischen Kapital und trieb die Arbeiterschaft in die Sklaverei des Dawespaktes. In frecher Verhöhnung der revolutionären Arbeiterschaft rühmt sich diese Bande ihrer Taten für die Bourgeoisie und sucht sich deren Gunst zu erhalten.

Aber die Bourgeoisie [illegible] jetzt mit Hilfe der [illegible] so stark geworden, daß sie die sozialdemokratische Führerschaft als Bundesgenosse nicht mehr zu brauchen glaubt.

Krampfhaft haben die sozialdemokratischen Führer versucht, sich die Gunst der Bourgeoisie zu erhalten; die Uebertragung der Reichsgewalt an den General Seeckt durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert im Herbst 1923, die Niederschlagung der sächsischen und thüringischen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung, die brutalen Verfolgungen der revolutionären Arbeiterschaft durch den sozialdemokratischen Polizeiminister Severing, der von den Sozialdemokraten geduldete, unerhörte Justizterror, die Einkerkerung tausender revolutionärer Arbeiter hat nicht vermocht, die Bourgeoisie zu veranlassen, ihre sozialdemokratischen Lakaien in der Regierung zu belassen. Gekränkt über soviel Undankbarkeit drohen die sozialdemokratischen Führer mit Opposition gegen die Bourgeoisie. Aber diese weiß, daß die sozialdemokratische Führerschaft an ihrer Seite bleiben muß, weil sie von der gleichen Angst vor der Revolution beseelt ist wie sie selber. In jeder Frage, bei der es sich um den Schutz der bürgerlichen Gesellschaft vor der Revolution handelt, wird die Sozialdemokratie an der Seite der Bourgeoisie sein. Und das genügt ihr vorläufig. Es ist durchaus möglich, daß mit dem Anwachsen der revolutionären Bewegung die Bourgeoisie sich wieder genötigt sehen wird, die sozialdemokratischen Führer mit zu den verantwortlichen Regierungsämtern heranzuziehen, um erneut die Arbeiter in den Glauben zu versetzen, daß auch sie durch ihre Vertreter Anteil an der Regierungsmacht haben. Das ist ja der Sinn der Regierereien durch die Sozialdemokraten, diese Täuschung bei den Arbeitern hervorzurufen.

In der sozialdemokratischen Arbeiterschaft herrscht eine starke Erbitterung über die Tätigkeit ihrer Führer in der Regierung und den sonstigen Amtsposten. Die Aufdeckung der Barmat-Korruption hat noch ein übriges dazu getan. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft glaubt, daß mit dem Austritt ihrer Führer aus der Regierung und mit der Ankündigung der Opposition sich eine Wende der sozialdemokratischen Politik zugunsten der Arbeiterklasse vollziehe. Das ist eine Illusion, die erneut schwere Opfer von der Arbeiterklasse erfordern wird. Das darauf gebaute Vertrauen schafft den bankrotten Führern wohl zunächst einen gewissen Rückhalt, auf denen sie sich bei ihren Ansprüchen bei der Bourgeoisie stützen können. Aber das führt nicht zu Zugeständnissen an die Forderungen der Arbeiterschaft, sondern im Gegenteil zu noch rücksichtsloserer Bekämpfung. Bei jedem ernsten Kampfe, den die Arbeiterschaft um ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen führt, werden die sozialdemokratischen Führer, ob sie an der Regierung beteiligt sind oder nicht, diese Kämpfe sabotieren und verraten. Das ist ihre geschichtliche Aufgabe, dazu treibt sie ihre Angst und Feindschaft gegen die Revolution.

Wie immer in kritischen Zeiten, so versucht auch jetzt die sozialdemokratische Führerschaft die Arbeiter zu täuschen und zu verwirren. Die Kommunisten haben diese Rolle der sozialdemokratischen Führer erkannt und wissen, welcher Schandtaten sie fähig sind. Sie führen gegen ihre Politik des Arbeiterverrats den offenen rücksichtslosen Kampf. Sie mobilisieren mit wachsenden Erfolgen die werktätigen Massen zum Kampf für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter. Das treibt die sozialdemokratischen Führer zu maßloser Hetze und Verleumdung gegen die Kommunisten. Wenn jetzt bei dem Sturz der [illegible]

Die bayrische Ordnungsbestie wütet!

Aus München wird gemeldet:

Am Sonnabend, abends kurz vor 8 Uhr, wurden auf dem Heimwege eine Reihe bekannter Parteigenossen von einer Horde der Abteilung 6a München überfallen und aus ihrer Mitte der Genosse Karl Maier verhaftet.

Nach uns zugegangenen Meldungen will man ihm das „Verbrechen" der Weiterführung der Partei „zur Last legen".

Am Sonntag fanden bei etwa einem Dutzend Münchener Arbeiter Haussuchungen statt, die, in der bekannten bayrischen Art und Weise vorgenommen, ein Chaos in den Wohnungen hinterließen. Gefunden wurde außer einigen Broschüren nichts.

Massenverhaftungen im ganzen Land: Im Anschluß an stattgefundene Haussuchungen wurde der Genosse Hans Towara am Sonntag, 18. Januar, früh, verhaftet. Gleichfalls mit ihm seine Hauswirtin, eine ältere Frau, die praktische Politik zwar an ihrem Leibe spürte, sich aber sonst nie darum kümmerte.

Ebenso verhaftet wurde ein Arbeiter Hebmeier. Die unerhörte Gemeinheit der Verhaftung von Ehefrauen scheint sich die Münchener Polizeidirektion nunmehr zum Prinzip gemacht zu haben, denn auch die Frau des Arbeiters Hebmeier wurde mit auf die Polizei gezerrt.

Die Arbeiterin Liesel Böhm wurde ebenfalls Sonntag früh im Anschluß an die Verhaftung des Gen. Karl Meier verhaftet.

In Miesbach, einem kleinen Bergarbeiterort Oberbayerns wurden Sonntag früh verschiedentlich Verhaftungen von Arbeitern vorgenommen. Die verhafteten Arbeiter wurden sofort nach München abtransportiert.

Am 18. und 19. Januar fanden in München, vorgenommen durch die berüchtigte Abteilung VIa, Haussuchungen statt, die aber in allen Fällen ergebnislos verliefen. Die Verhaftungsaktion dauert an

Prozeß gegen den Schottländer-Mörder niedergeschlagen

Wie von der deutschen Klassenjustiz auch nichts anderes zu erwarten war, hat sie den Schottländerprozeß wegen „Mangels an ausreichendem Material" niedergeschlagen. Daß das natürlich nur ein nichtiger Vorwand ist, liegt klar zutage; es ist dies wieder nur ein unverhüllter Versuch der Justiz, sich schützend vor die Arbeitermörder zu stellen. Doch schließlich ist noch nicht aller Tage Abend, und die Zeit wird kommen, wo auch die Schottländermörder von dem siegreichen Proletariat zur Verantwortung gezogen werden.

Die Arbeiter von Pirna verprügeln Faschisten.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. Januar.

Am vergangenen Sonntag fand in Pirna (Sachsen) eine Fahnenweihe des Stahlhelm und Werwolf statt. Die Kommunistische Partei hatte zu einer Gegendemonstration aufgerufen und es kam zu einer Schlägerei, bei der die Faschisten ordentliche Prügel bekommen haben. Es gab eine Anzahl Verletzte und Schwerverletzte. Auch unser Genosse, der Reichstagsabgeordnete Rädel, wurde verletzt. Die Faschisten mußten sich Polizei aus Dresden kommen lassen und verkrochen sich dann in alle Ecken. Vom Reichsbanner Schwarz-rot-gold war an diesem Tage wie immer bei solchen Angelegenheiten, nichts zu sehen.

Jungarbeiterkongreß in Essen.

Berlin, 27. Januar.

Am Sonntag, den 25. Januar, fand in Essen ein Jungarbeiterkongreß für Rheinland und Westfalen statt, an dem über 200 Delegierte teilnahmen. Der Kongreß beschäftigte sich mit der Lage der arbeitenden Jugend und wandte sich mit aller Schärfe gegen das Arbeitsdienstpflichtgesetz.

An dem Kongreß beteiligten sich außerdem sehr viele Gäste und anschließend fand eine große Demonstration statt, die jedoch von der Polizei auseinandergeschlagen wurde.

sten Regierung durch die Abstimmungen im Preußischen Landtage die Sozialdemokraten die Behauptung aufstellen, daß sich die Kommunisten mit den Rechtsparteien verbündet hätten, um die Braun-Severing-Regierung zu stürzen, so verschweigt sie dabei die Tatsache, daß die Rechtsparteien die Braun-Severing-Regierung stürzten, weil sie deren Hilfe zur Niederschlagung der Arbeiter nicht mehr glaubt nötig zu haben, während der kommunistische Mißtrauensantrag in seiner Motivierung ganz offen die Schandtaten dieser Regierung gegen die Arbeiterschaft aufzählt und aus diesen Gründen den Rücktritt der Regierung fordert. Sie verschweigen, daß eine „Rechtsregierung" in Preußen nicht mit Hilfe der KPD., sondern mit Hilfe des schwarz-rot-goldenen Zentrums zur Macht kommen wird. Die Kommunisten haben offen alle Versuche zurückgewiesen, die sowohl von der Sozialdemokratie als von den Rechtsparteien gemacht wurden, um sie für ihre Zwecke zu gebrauchen. Die Kommunisten stehen im offenen Klassenkampfe gegen alle bürgerlichen Parteien, zu denen auch die Sozialdemokratie gehört. Wenn in den andauernden Regierungskrisen, die sich aus der Cliquenpolitik der Bourgeoisie ergeben, die schwerindustriellen und großagrarischen Cliquen die Uebermacht gewinnen, so ist das die unvermeidliche Folge der sozialdemokratischen Politik, die die Wegbereiterin der Monarchie ist. Wie die sozialdemokratischen Führer im November 1918 nicht den Sturz der Monarchie wollten, sondern nur den Rücktritt Wilhelm II., und wie sie ihrem Kronprätenden, dem „Immer feste druff" die Rückkehr nach Deutschland ermöglichten, so haben sie auch die Bourgeoisie bereits derart gestärkt, daß diese es wagen kann, offen den Sturz der Republik und die Wiederaufrichtung der Monarchie zu fordern. Alle Versuche der sozialdemokratischen Führer, die Arbeiterschaft über dieses Ergebnis ihrer Politik durch eine Hetze gegen die Kommunisten hinwegzutäuschen, werden an der Arbeit der Kommunisten in den Parlamenten und in den Betrieben und Arbeiterorganisationen scheitern. Die SPD. wird jetzt ein paar Monate parlamentarische Opposition spielen, um zu einem neuen Kuhhandel mit der Bourgeoisie zu gelangen. Für zwei Ministersitze ist die SPD. glatt und jederzeit zu kaufen.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Arbeiterpartei, die den revolutionären Klassenkampf des Proletariats zum siegreichen Ziele, zum Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und der Aufrichtung der Rätemacht der werktätigen Massen führt. In ihrer Stärkung liegt die einzige Gewähr, daß sich die Arbeiterschaft vor weiterer Verelendung und Knechtung schützt und zu diesem Ziele gelangt.

Eine ungültige Verordnung der Reichsregierung!

Der Strafsenat des sächsischen Oberlandesgerichts hat am 12. Dezember 1924 eine wichtige Entscheidung gefällt. Durch Verordnung der Reichsregierung, die von der sächsischen Regierung unterstützt wurde, waren alle Demonstrationen am 1. Mai verboten. In den verschiedenensten Orten sind deshalb Genossen, die gegen die Verordnung verstoßen hatten, zu Geld- bezw. Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Das sächsische Oberlandesgericht hat jetzt entschieden, daß die Verordnung über das Verbot der 1. Maidemonstrationen ungültig ist, und zwar deshalb, weil die Verordnung erst am 2. Mai im Reichsanzeiger veröffentlicht worden ist.

Dadurch sind selbstverständlich auch alle Urteile, die auf Grund der Verordnung erfolgt sind, rechtsungültig geworden. Bereits gezahlte Strafen sind sofort zurückzuverlangen und für evtl. verbüßte Haft ist Entschädigung zu verlangen!

Die Niedersächsische Arbeiterzeitung beschlagnahmt.

Die Nr. 16 der „NAZ." ist dem Herrn Polizeipräsidenten Bederatha auf die Nerven gefallen, weil in einer Schlagzeile das Lutherkabinett richtig gekennzeichnet wurde. Der Herr Polizeipräsident glaubte sich schützend vor die Kapitalistenregierung stellen zu müssen, und ließ durch Kriminalbeamte Haussuchung in den Räumen der NAZ. abhalten. Dabei wurde 1 Exemplar der betreffenden Nummer beschlagnahmt.

Auch in Bielefeld hat die Polizei Jagd auf die „Westfälisch-Lippische Arbeiter-Zeitung" gemacht und 20 Exemplare der Nr. 16 beschlagnahmt.

Düsseldorf, 27. Januar.

Bei den Wahlen im Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Düsseldorf, trugen die Kommunisten einen vollkommenen Sieg davon.

Leinert erhält seine Pension.

Der „Lokalanzeiger" schreibt aus Hannover: Der Magistrat hat sich gestern mit der Frage der Weiterzahlung des Ruhegehaltes an den früheren Oberbürgermeister Leinert beschäftigt. Dabei wurde festgestellt, daß die der Berechnung zugrundeliegenden Beschlüsse der Disziplinarkammer namentlich über die Festsetzung des Pensionsdienstalters ordnungsgemäß zustandegekommen sind und daß deshalb kein Anlaß vorliege, Leinert das Ruhegehalt zu kürzen oder ganz zu entziehen.

Die 22 000 Mark Jahresgehalt sind also für diesen SPD.-Führer gesichert.

Bei den unteren Schupobeamten dämmert es.

Verschiedene höhere Schupooffiziere in Halle a. S. sind am 1. Januar in andere Stellen versetzt worden.

Wie wir erfahren haben, sind diese Versetzungen zum Teil auf den Druck der Mannschaften zurückzuführen, die sich das reaktionäre Benehmen der Offiziere nicht mehr gefallen lassen wollten. Es wird Zeit, daß die Schupobeamten einsehen, daß nicht Selbstmord, sondern Kampf gegen die herrschende Klasse der einzige Ausweg aus Ausbeutung und Menschenschinderei ist.

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Der Reichstagsausschuß für die Geschäftsordnung genehmigte heute die Einstellung der Verfahren gegen die Abgeordneten Schulz-Königsberg (Soz.), Peters (Soz.), Bernd (Dtn.), Henning (Natsoz.), Wendemuth (Soz.) und Schiller-Hannover (Soz.).

Bei Kommunisten pflegt der Reichstagsausschuß zu anderen Resultaten zu kommen.

Ausland.

Kommunistische Propaganda unter den französischen Soldaten.

Der Pariser „Matin" meldet, daß in den Kasernen von Metz tausende von kommunistischen Flugschriften verteilt worden seien. Es sei bereits eine Reihe von verdächtigen Soldaten der Täterschaft überführt. Die Flugblätter sollen Forderungen der Soldaten enthalten und zwar: 1 Frank Sold pro Tag, Kontrolle der Nahrung durch den Soldatenausschuß und Bezahlung der Urlaubszeit. Andere Flugblätter seien in der Form von Zwiegesprächen zwischen kleinbürgerlich eingestellten und kommunistischen Soldaten abgefaßt, in denen der Kommunist den anderen von der Richtigkeit seiner Ansichten überzeugt und ihn zum Klassenkampf umstimmt.

Die Vereinigten Staaten gegen den „Völkerbund."

Bei der letzten Völkerbundssitzung wurde die Beitragszahlung der Republik Costarica benängelt. Nunmehr hat die Regierung von Costarica dem Völkerbundssekretariat 18 667 Dollar als Beitrag für die Jahre 1921 bis 1924 überwiesen. Zugleich wurde dem Sekretariat mitgeteilt, daß die Republik Costarica aus dem Völkerbund austrete. Da Artikel 1 des Völkerbundsstatuts zweijährige Kündigung vorsieht, gehört Costarica noch bis zum 1. Januar 1927 dem Völkerbunde an. Der Austritt der Republik Costarica aus dem Völkerbunde erfolgte auf den Druck Amerikas.

Eröffnung der Konferenz über gewerkschaftliche Einheit in England.

Am 25. Januar wurde in Bellerslen die Konferenz der englischen Gewerkschaftsminderheit, deren Gegenstand die Fragen der internationalen gewerkschaftlichen Einheit bilden, eröffnet. Die reaktionären Gewerkschaftsführer üben den größten Druck auf die mit der gewerkschaftlichen Minderheitsbewegung sympathisierenden Gewerkschaftssekretäre aus, um sie von der Teilnahme an der Konferenz abzuhalten. Sie haben alle Mittel der Drohung angewandt, um z. B. den Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft, Cook, von der Annahme des Vorsitzenden abzuhalten. Tatsächlich wird Cook an der Konferenz persönlich nicht teilnehmen, doch wird seine Eröffnungsrede auf der Konferenz vorgelesen. Durch alle diese Machenschaften konnte die Gewerkschaftsbürokratie doch nicht verhindern, daß mehr als 500 Sektionen der britischen Gewerkschaften auf dem Kongreß vertreten sein werden.

Steuerermäßigung in Rußland.

Nach Meldungen aus Rußland bereitet das Volkskommissariat für Finanzen einen neuen Gesetzentwurf vor, der eine Ermäßigung der landwirtschaftlichen Steuern vorsieht und die Kleinbauern gänzlich von Steuern befreit. Durch die vorgesehene Neuregelung werden über 8 Millionen Bauernwirtschaften, d. h. über ein Viertel aller Bauernwirtschaften in der Union der Sowjetrepubliken von Steuern befreit.

England finanziert die rumänischen Rüstungen gegen Sowjetrußland.

In London ist eine rumänische Delegation zu Verhandlungen über die Aufnahme einer Anleihe von 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling (6 bis 800 Millionen Mark) eingetroffen. Mitglieder der Delegation sind außer dem Finanz- und Handelsminister der Direktor der Staatsbank und — der Minister für Bessarabien. Die Teilnahme dieses letzten ist höchst bezeichnend für die Verwendung der Anleihe. Es handelt sich um die Ausrüstung der Armee, um den Bau von strategischen Eisenbahnen der russischen Grenze entlang, um den Ausbau der militärischen Luftflotte. Die englische Regierung unterstützt den Plan der Anleihe. Trotz aller Mißerfolge mit der Antibolschewistenfront werden wieder hunderte Millionen für die Rüstungen gegen Sowjetrußland investiert.

In Italien herrscht „allgemeine Ruhe."

Mussolinis Ministerrat, der sich am 22. Januar 1925 mit der inneren Lage Italiens befaßt hat, hat festgestellt, daß im Lande „allgemeine Ruhe" herrscht.

Nach dem WTB. wurden am selben Tage beschlagnahmt: der extrem-faschistische Impero, weil er einen Angriff gegen den Finanzminister de Stefani brachte und mit großen Lettern seine Entlassung verlangt. „Corriera della Sera", welcher in seiner Nachmittagsausgabe vom 22. Januar diesen Angriff auf den Finanzminister auszugsweise wiedergab.

„Mondo" wurde in der zweiten und dritten Ausgabe aus bisher unbekannten Gründen beschlagnahmt, durfte aber wieder in einer vierten Ausgabe erscheinen. „Voce Republicana" kann noch immer nicht erscheinen, weil der Präfekt von Rom keinen verantwortlichen Redakteur des Blattes anerkennen will. Der Herausgeber des Blattes beschwert sich über diese Handlungsweise in einem offenen Brief an die anderen Oppositionsblätter.

Dem verantwortlichen Redakteur der „Agenzia Nazionale", einer der Opposition gehörenden Nachrichtenagentur, hat der Präfekt die Weiterarbeit in der Agentur untersagt.

Die Blätter fahren fort, über zahlreiche Haussuchungen, Auflösung von Vereinen und Schließung von Lokalen zu berichten.

Ferner wurde am gleichen Tage, infolge einer Bewegung der Studentenschaft (!) gegen die Studienreform das Turiner Polytechnikum geschlossen. Die Studentenschaft veranstaltete darauf einen Demonstrationszug, der schließlich aufgelöst wurde, wobei einige Verhaftungen vorgenommen worden sind.

Uns scheint, daß die „allgemeine Ruhe" einer Ruhe vor dem Sturm verdammt ähnlich sieht.

Aus der Partei

An alle Organisationen und Parteigenossen!

Werte Genossen! Die Partei hat in ihrer illustrierten Zeitschrift „Der Rote Stern" ein wichtiges Propagandamittel welches durch fortgesetzte photographische Reproduktionen Ereignisse, die im Arbeiterleben eine Rolle spielen, den breiten Massen der Arbeiterschaft zugänglich macht. Um den Zweck des „Roten Stern" zu erfüllen, müssen aber viel mehr Abbildungen aus den Bezirken darin veröffentlicht werden, das heißt, mehr als bisher müssen Propagandaveranstaltungen und verschiedene andere Bilder aufgenommen und an die Redaktion des Roten Sterns geschickt werden, um so den breiteren Schichten der Arbeiterschaft im Bilde wieder gezeigt zu werden.

Wir fordern deshalb alle Parteiorganisationen und Genossen auf, möglichst zahlreiche Abbildungen, die ihrer Ansicht nach zur Verwendung im „Roten Stern" geeignet sind, an die Redaktion desselben einzusenden. Alle Zusendungen bitten wir zu richten an die Redaktion des „Roten Stern", Berlin SW., Planufer 17.

Mit kommunistischem Gruß

Zentrale der KPD., Abteilung Zentralagitprop.

MESSMEND

25

oder

Die Yankees in Leningrad

Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

Wenn man den Glockenturm der Kirche der „Vierzig Märtyrer" mit einem Motor von 1000 PS versehen hätte — wäre die nervöse Erschütterung des Doktors gewiß nicht schlimmer gewesen als diejenige, die ihm seine sprechende, hörende und beratsfähige Wirtschafterin zugefügt hatte. Und dieses Pech hatte er gerade in dem Augenblick, als seine Entdeckung sich aus einer strahlenden genialen Hypothese in eine zweifellose Tatsache zu verwandeln begann, als ihm nichts weiter übrig blieb, als sein Beobachtungsmaterial zu vergrößern und die vorhandenen Fakta zu kombinieren.

Mit ärgerlichen Schritten stieg Lepsius in die zweite Etage, folgte Tobo in den leeren Hof, den der Leser schon kennt und blieb vor der verschlossenen Garage stehen. Dieses Mal gelangten sie ungestört in das Innere; zuerst Tobo, dann der Doktor; die Tür wurde von innen wieder verschlossen.

Sie befanden sich in einem großen Raum, in dem eine Treibhausluft herrschte. Der Boden war mit dicker Sandschicht bedeckt, die Decke leuchtete von hunderten von elektrischen Lämpchen, längs der Wände standen Holzkübel mit Araukarien und gigantischen Palmen. Von der Mitte der Decke hingen gymnastische Apparate herab. — ein Trapez, eine Schaukel, Ringe u. a.

„Bugas, Bugas!" rief der Doktor, indem er mit einem Fläschchen winkte, das er seiner Tasche entnommen hatte.

Gleich darauf ertönte aus der Tiefe des Raumes ein wütendes Knäckzen, jemand erhob sich von einem Strohlager und ein Mann von mittlerem Wuchs kam auf sie zu. Dieser Mann war ein Indianer. Die rote Hautfarbe, der Ring in der Nase, der rote, tätowierte Körper und die geraden Züge ließen nicht den geringsten Zweifel aufkommen.

Vor Lepsius angelangt, schüttelte er stolz seinen mit Zedern geschmückten Kopf, ergriff die Flasche, entfernte gewandt den Pfropfen und leerte sie mit einem Zuge. Dann kehrte er seinen Beschauern den Rücken und begann zu tanzen, sich zu schütteln, mit allen seinen Gliedern zu strampeln.

Dr. Lepsius wandte den Blick nicht von seinen Bewegungen ab. Im ersten Augenblick schienen sie ganz gewöhnlich zu sein. Aber ein aufmerksamer Beobachter hätte bald zwei auffällige Symptome bemerkt: der Rücken des schlanken Indianers bog sich nicht an der Stelle der Schulterblätter, sondern tief unten, am Becken, wie bei einer wütenden Katze. In diesen Momenten fielen beide Arme des Mannes schlaff fast zum Boden herab.

Dann holte Lepsius ein zweites Fläschchen hervor, reichte es Tobo und wies ihn mit dem Blick auf das Trapez. Tobo nahm schweigend die Flasche in den Mund, kletterte auf eine Stange hinauf, setzte sich rücklings auf das Trapez und begann mit der Flasche zu spielen. Während er hinaufkletterte, beobachtete ihn der Indianer mit wütenden, roten Augen. Aber als Tobo oben angelangt war, schien er den Indianer nicht mehr zu interessieren. Dieser senkte den Kopf und stand regungslos da.

„Bugas, Bugas!" lachte ihn Tobo an.

Alles vergeblich. Bugas sah ihn nicht mehr an.

„Bugas! Schau mal her, du kriegst die Flasche", sprach Dr. Lepsius freundlich auf ihn ein. Aber alles umsonst. Der Indianer schien in seinem Eigensinn zu verharren. Er warf keinen Blick auf die Flasche.

Tobo warf jetzt die Flasche dem Doktor zu und dieser reichte sie dem Indianer. Während Bugas sie gierig entleerte, schlich der Doktor hinter seinen Rücken, holte eine Lupe hervor und begann sein Rückgrat, angefangen vom Becken, mit der größten Sorgfalt zu untersuchen. Dann klopfte er ihm auf die Schulter, nickte Tobo zu und verließ die Garage.

Das Gesicht des Dr. Lepsius hellte sich auf. Die drei zu seiner Nase führenden Stufen bildeten einen zufriedenen Knäuel.

„Tobo," sagte er, in seinem Zimmer angelangt, „wenn du dir das viele Schlafen nicht abgewöhnst, verheirate ich dich mit Miß Smoll. Und wenn du wieder drüben zu dem Konditor laufen und mit ihm allerlei Gespräche führen wirst, dann verkaufe ich dich als Kanonenfutter an das Kriegsministerium. Gib mir Mantel, Hut und Stock."

Lepsius zog sich rasch an, verließ das Haus, bestieg das wartende Auto und befahl dem Chauffeur, zum Dr. Bentrowato zu fahren, der eine vorbildliche Klinik und ein Röntgenkabinett hatte.

Dr. Lepsius machte den Weg nicht gern. Er fürchtete, daß man ihm seine Entdeckung vor der Nase wegschnappen würde. Etwas vor sich hinbrummend, stieg Lepsius die Treppe hinauf und geriet in die Hände von zwei jungen Damen, die mit Bleistift und Notizblock bewaffnet waren.

„Vierzig", sagte die eine.

„Hier", bestätigte die andere und hielt ihm einen Kasten hin, der mit Geld vollgepfropft war.

„Meine Teuren," erwiderte Lepsius weich, „ich nehme mehr."

Und er schob sie beiseite und ging geradeswegs in das Empfangszimmer seines Kollegen.

Dr. Bentrowato empfing gerade seine Patienten. Zahlreiche Menschen warteten, bis die Reihe an sie kam und unterhielten sich auf verschiedenerlei Weise: die einen lasen, die anderen spielten Schach, Domino; es gab hier Spielzeug für Kinder, Material zum Stiden und Häkeln. Erfrischungen.

Im Empfangszimmer war es halb dunkel. Hinter einem chinesischen Wandschirm stand ein Mann, der gerade röntgenisiert wurde. Lepsius konnte seine Gestalt nicht erkennen, er sah nur den Schatten eines mittelgroßen, länglichen Kopfes und eine Hand, die lässig von der Stuhllehne herabhing.

Lepsius nahm gleichgültig in einem Sessel Platz und wartete auf das Ende der Untersuchung. Ein wenig gelangweilt blickte er bald hier hin, bald dort hin und verspürte dabei einen unnatürlichen Gähnzwang. Plötzlich fiel sein Blick zufällig auf die erwähnte Hand.

„Donnerwetter ... Wo habe ich denn diese Hand gesehen? Wo habe ich diese magere, schwächliche Hand mit den ein wenig geschwollenen Gelenken gesehen?"

Aber so sehr er auch sein Gedächtnis anstrengte, — er konnte sich nicht darauf besinnen. Die Finger hingen noch immer kraftlos herab, aber plötzlich krallten sie sich zusammen, als wenn sie nach etwas griffen. — dann verschwand die Hand.

Dr. Bentrowato ließ seinen Patienten durch eine Tür heraus.

„Guten Tag, guten Tag, Lepsius! Womit kann ich Ihnen ...?"

„Guten Tag, Bentrowato, — wer war das eben?"

„Wollen Sie sich davon überzeugen, ob ich das Geheimnis wahre?"

Lepsius warf ihm einen ärgerlichen Blick zu.

„Ich komme zu Ihnen, verehrter Freund, mit der Bitte ...

Die Erwerbslosen rühren sich.

In einer gutbesuchten Versammlung nahmen die Erwerbslosen Jenas folgende Resolution an:

1. Abschaffung der Pflichtarbeit.
2. Volle Tariflohnzahlung für alle Notstandsarbeiter.
3. Zahlung des Mietszinses, Lichtpreises und der Feuerung durch die Stadt an alle Erwerbslosen.
4. Zur Behebung der allerschlimmsten Notlage Auszahlung einer einmaligen Beihilfe an alle Erwerbslosen, Notstandsarbeiter und Ausgesteuerte in Höhe von 25 Mark.
5. Hinzuziehung des Erwerbslosenrates mit Stimmrecht zu allen städtischen Ausschüssen, die sich mit Angelegenheiten der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter beschäftigen.

Republikanische Arbeitslosenfürsorge.

In dem Prozeß des früheren Kronprinzen gegen den Fiskus wegen Anerkennung des Besitztums des Thronlehens Oels entschied heute der achte Zivilsenat des Oberlandesgerichts zu Breslau zugunsten des Kronprinzen. Der Fiskus als Berufungskläger wurde mit seiner Widerklage abgewiesen.

Der Held von Charleville erhält eine riesige Herrschaft an den Hals geworfen. Die Erwerbslosen bekommen Bettelpfennige und werden in wenigen Wochen „ausgesteuert".

Kommunistischer Sieg.

In Delitzsch wurde bei den Verwaltungswahlen des Schuhmacherverbandes die reformistische Mehrheit zum erstenmal vollständig geschlagen. Mit großer Mehrheit entschieden sich die Delitzscher Schuhmacher für die Kommunisten.

Gewerkschaft.

Die Futterkrippenwirtschaft im DEV.

Eisenbahner denkt nach!

Ran an die Futterkrippe, das scheint jetzt das Losungswort im DEV. zu sein. Die Burschen, die in den letzten Jahren nichts weiter konnten, als eine schamlose Kommunistenhetze zu entfalten und Dutzende der besten Kollegen der Direktion ausgeliefert haben, sie, die die Eisenbahner einer goldenen Zukunft entgegenführen wollten — wo seid Ihr großen Maulhelden? Jetzt, wo es anfängt zu stinken, sucht einer nach dem andern das Weite. Tausende von Eisenbahnern sind den Dawesgesetzen und der Reichsbahndirektion ausgeliefert. Die Masse will kämpfen, wo sind die Führer? Ja, Kampf ist eine fatale Sache, der Kampf um eine Futterkrippe ist doch viel schöner, da braucht man wenigstens nicht zu fürchten, in der freiesten Republik hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern zu kommen; das überläßt man den Kommunisten, um sie nachträglich genügend mit Schmutz bewerfen zu können. Wie sehen Eure Gefängnisse aus? Der eine bekommt eine Kantine, der andere wird den Kriegsverletzten (ohne sie zu befragen) als Diktator auf die Nase gesetzt; jetzt geht wieder einer nach Hirschberg, um dort Verwalter in einem Eisenbahner-Erholungsheim zu werden. So geht die Reihe weiter. Ja ja, seht Euren Führern auf die Pfoten und nicht auf die Schnauze, sie lassen sich den Verrat, den sie an Euch begangen haben, von den Unternehmern gut bezahlen.

Eisenbahner, seid auf dem Posten. Hinein in die Gewerkschaften. Räumt mit diesen Renegaten auf, wenn ihr nicht ganz und gar unter der Sklavenpeitsche der Blutaussauger zugrunde gehen wollt. Die Opposition wird Euch, trotzdem sie auf der Straße liegt, in dem Euch aufgezwungenen Kampfe unterstützen. Trotz alledem!

Tretet ein für die gewerkschaftliche Einheit!

Revolutioniert die Gewerkschaften und schmiedet Euch die Zukunft selbst.

Die Opposition des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Die wirklichen Gewerkschaftsspalter an der Arbeit.

ADGB.-Bezirkssekretär Wiersich mit von der Partie, dabei von seinen eigenen Genossen hinter die Fichte geführt.

Die Generalversammlung des DMV., Zahlstelle Freiburg, brachte zum großen Aerger der Herren SPD.-Kollegen einen kommunistischen Vorstand. Alles Kollegen, die bisher immer wacker für die übrige Kollegenschaft eingetreten sind und daher auch das Vertrauen derselben genießen. Zum Unterschied von den SPD.-Größen, die für einen Schoppen Bier die Pflichten vergessen. Sie versuchen nun durch Wühlarbeiten die Zahlstelle zu zerreißen und haben sich dazu Herrn Wiersich aus Breslau geholt. Die Versammlung fand am Montag statt und endete mit einer großen Blamage. Erschienen waren trotz Aufforderung in Bergwacht und Anschlagzettel ganze 40 Mann von 800. Dabei sind noch die „Größen" vom Holzarbeiter- und Textilarbeiterverband, einige Sympathisierende von der jetzigen Ortsverwaltung so daß wirkliche DMV.-Arbeiter vielleicht 25 waren. Diese waren nun versammelt zu löblichem Tun. Nur wußte man nicht, wie es anzufangen ist. Daß Wiersich nicht sehr wohl war bei der Sache, kann man sich denken. Er mußte denn auch zugeben, daß kein Grund zum Einschreiten bestände. Die Wahl ist statutenmäßig vor sich gegangen, dumm seien die betreffenden auch nicht gut gearbeitet hätten sie auch, also ist weiter nichts zu tun als gut aufzupassen und sobald ein Fehler bemerkt wird, nach Breslau zu schreiben und da erfolgt Auflösung. Doch den hiesigen Größen paßte dies nicht, man wollte bald auf die Posten. Schlaupitz verlangte, daß man die Beiträge sperren solle. Faulhaber schimpfte auf die kommunistischen Stadtverordneten. Was Kollege Köhler sagte, ist nicht erwähnenswert, mit den Ausführungen des Holzarbeiters Primer uns zu beschäftigen, halten wir unter unserer Würde. Wiersich war ja nun schlau genug zu warnen vor einer Beitragssperre und meinte, länger wie sechs Wochen geht dies nicht. Wer sechs Wochen bei ihm rückständig wäre dessen Buch kommt auf den Schrank. Der Ahnungslose wußte nicht, daß er damit der Ortsverwaltung die Pflicht auferlegte, den intellektuellen Urheber der Aktion und Versammlungsleiter Seiler auszuschließen. (Hoffentlich kommt sie dieser Pflicht nach.) Seiler ist 14 Beitragsmarken rückständig, und nur der Toleranz der Opposition die er beseitigen möchte, verdankt er es, daß er seinen Geifer in der Generalversammlung verspritzen konnte. Wir kennen sein Spiel. Nachdem er in Politik keinen festen Grund, als Stadtrat kein Glück, in der Fabrik als Meister gescheitert ist, weil er wieder die Arbeiter als Tragtier benutzte. Nun wir werden dafür sorgen, daß die Arbeiter zur rechten Zeit erinnert werden und zur Erkenntnis gelangen. Der „schaffende Künstler" ist seiner Sekundantenschaft würdig. Mögen die Metallarbeiter rechtzeitig erkennen, was man für ein Spiel zu treiben gedenkt. Wir nehmen den Kampf auf. Wir meinen es ehrlich und können jede Probe bestehen. **Auch den Peitschenwiersich fürchten wir nicht, wir trauen der Arbeiterschaft noch soviel gesunden Menschenverstand zu um das Spiel zu durchschauen.**

Barmat-Marseillaise.

Von Klaus.

Wohlan, wer Aufsichtsräte pachtet,
Zu Hellmann, Bauer steht zu Hauf.
Auch Leinert bleibe stets geachtet,
:,: Der seinen Posten stecke auf. :,:
Um fette Pfründe sich zu schnappen.
Auszahlbar bis zum Lebensschluß,
Wenn auch der Steuerzahler muß
Die zwanzigtausend Mark berappen.
Wir zählen nur das Geld,
Sonst nichts auf dieser Welt.
Marsch, marsch, marsch, marsch, marsch in den Sumpf,
Der Barmat, der ist Trumpf!

Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert, aufgehetzt,
Das sind die Proletariermassen,
:,: Die uns aufs hohe Roß gesetzt :,:
Doch sind wir unter uns alleine
In Barmats Villa eingekehrt,
Mit unseren Spezis ungestört,
Bei Austern, Kaviar, Sekt und Weine,
Dann ging das Leben los,
Wie war das nur famos.
Der Wels, der konnt's am besten noch,
Der soff grad wie ein Loch.

Von uns wird einst die Nachwelt zeugen,
Es zeugt von uns die Gegenwart.
Mit Schwarz-weiß-rot in holdem Reigen
:,: Durchzechten wir so manche Nacht. :,:
Das Schieben kostet keine Mühe.
Wir fingerten so manches Ding,
Im Schutz von Ebert-Severing.
Mit Bartels, Kauh, Kutisker, Rühe.
Der Staat, der war die Kuh,
Die melkt man immerzu.
Der Postminister selbst, juchhei
Gehört zur Kumpanei.

Kommunistische Erfolge in den Gewerkschaften.

Bei der Wahl der Hanauer Ortsverwaltung im DMV. und der Kartelldelegierten erhielt die Liste der KPD. 240 Stimmen, die Liste der SPD. nur 74 Stimmen.

*

Bei der Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes in Langen wurden zur Zahlstellenleitung, sowie als Delegierte zur Bezirksversammlung und zum Gewerkschaftskartell einstimmig auf dem Boden der Opposition stehende Genossen gewählt. Die hiesige Bauarbeiterzahlstelle ist die stärkste Organisation am Orte, sie zählt 425 Mitglieder und hat trotz der Kommunistenhetze noch keine Mitglieder verloren.

Gewerkschaftsversammlung Peisterwitz.

Sonntag, den 18. Januar fand hier eine Gewerkschaftsversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Neuwahl des gesamten Vorstandes; 2. Abrechnung vom 4. Quartal; 3. Bekanntgabe des Rundschreibens des Gewerkschaftsbundes; 4. Verschiedenes. Als erster Vorsitzender wurde Kollege **Ernst Salzborn** gewählt, als stellvertretender Kollege **Ernst Schierleh**. Als erster Kassierer wurde Kollege **Wilhelm Pusch** wiedergewählt, als Stellvertreter Kollege **Hermann Sabel**. Als Schriftführer wurde Kollege **Robert Krziwanie** und als Revisoren die Kollegen **Ernst Koch** und **Wilhelm Hoffmann** wiedergewählt. Alsdann verlas der Kassierer die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden war, worauf dem Kassierer die Entlastung erteilt wurde. Dann gab der Vorsitzende den Inhalt des Rundschreibens bekannt. Im Punkt Verschiedenes sprachen mehrere Kollegen über die Bibliothek des Kartells. Der Punkt wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen nochmals, ihn in allen Sachen zu unterstützen und für einen besseren Besuch der Versammlungen zu sorgen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Betrieb und Werkstatt

Die Arbeiter werden mobil.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Maschinenfabrik Eßlingen nahm zu dem Kampf der Ausgesperrten in Sindelfingen, sowie zu dem ADGB.-Aufruf Stellung. Nach längerer Diskussion fand die folgende Entschließung einstimmig Annahme:

„Die heutige, gut besuchte Vertrauensmännersitzung der Belegschaft MFE., organisiert im DMV., bringt den streikenden Arbeitern der DMG. Sindelfingen ihre volle Sympathie zum Ausdruck.

Sie erwartet von den Arbeitern des Schwesterwerkes DMG. Untertürkheim, endlich an nahezu passive Resistenz grenzendes Verhalten aufzuheben, insbesondere in bezug auf Ueberzeitarbeit.

Dem Aufruf des Ausschusses des ADGB. Solingen für Sowjetrußland schließen wir uns vollauf an.

Erneut verlangen wir Herausgabe der politischen Gefangenen, weitgehendste und sofortige Amnestie für dieselben.

Eine besonders feine Marke

ist der Holzspulenfabrikbesitzer Gläser in Damerau. Ein Genosse, der bei ihm beschäftigt war, mußte sich, wenn er nicht aufs Straßenpflaster geworfen werden wollte, schriftlich verpflichten, nichts mehr mit den Kommunisten gemein zu haben. Ferner ließ dieser Herr im vorigen Sommer wegen einer kleinen Reparatur im Kesselhause, welche nur ein paar Stunden dauerte, den Betrieb eine volle Woche stehen, ohne auch nur im geringsten daran zu denken, den Arbeitern eine Entschädigung zu zahlen. Die Arbeiter klagten daraufhin Herrn Gläser an; er wurde dadurch gezwungen, zu zahlen. Aus Aerger über dieses Urteil läßt er jetzt nur 36 Stunden arbeiten. Sein Werkmeister Döring ist durch seine Grobheiten gegen die Arbeiter weit und breit bekannt. Wie lange wollt Ihr Euch noch von diesen Ausbeutern schikanieren lassen? **Tretet ein in die KPD., werdet Kämpfer für Eure Sache!**

Proletarierlos.

Der Tischler Adolf Püschel aus Zerbau bei Glogau ist vergangene Woche als geistesgestört in die Irrenanstalt Lüben eingeliefert worden. Ursache: Die ewige Sorge um das tägliche Brot, die zerrüttende und geisteстötende Maschinenarbeit seit 25 Jahren. Eine dauernd kränkelnde Frau, wodurch seine mühselig erarbeiteten Groschen nicht ausreichten! All das machte den sonst rüstigen Arbeitshelden mürbe und sein Los: Das Irrenhaus.

---

die Röntgenaufnahme bei einem degenerierten Subjekt vorzunehmen. Je schneller, desto besser."

„Gut, ich werde es in der ersten freien Stunde machen. Warten Sie mal, wir wollen es gleich notieren:

„Am 28. August des nächsten Jahres, 4½ Uhr nachmittags."

Bentrowato machte den Vermerk, reichte Lepsius eine Kopie davon und lächelte.

Dr. Lepsius' breites Gesicht war voller Dankbarkeit. Aber draußen auf der Treppe ballte er die Fäuste, wurde purpurrot und ging mit wütender Miene auf den Portier zu.

„Wer ist hier eben vorbeigegangen, wie?"

Der Portier zuckte phlegmatisch die Schultern:

„Viele sind hier vorbeigegangen...

Obsthändler Baer,

Professor Hyserton,

Steuermann Kowalkowsky."

Lepsius sprang in den Wagen und brachte die drei Namen auf das Sorgfältigste in einem Geheimfach seines Gedächtnisses unter.

Die Abfahrt der „Amelie".

Wer kennt Edison nicht? Sein Ruhm ist auf dem ganzen Erdball verbreitet.

Und wer kennt den Techniker Sorrow? Kein Mensch.

Der Techniker Sorrow ist ein älterer, kleiner Mann mit einem kleinen Bärtchen, dünnen Lippen und der Gewohnheit, mit hinter dem Rücken verschränkten Armen zu gehen. Er sitzt fast niemals. Er geht, wenn er arbeitet, er geht, wenn er mit Ihnen spricht, er geht, wenn er ißt und sogar, wenn er sitzt, geht er im Grunde genommen. Das Letztere ist nur deshalb möglich, weil der Techniker Sorrow sich einen beweglichen Sitz konstruiert hat, eine Art gehenden Stuhl.

Sorrow war schon als Junge ein guter Freund von Edison. Eines Tages unterhielten sie sich an der Werkbank.

„Weißt du," sagte Edison, „ich werde eine solche Sache erfinden, daß die Leute ihren Mund aufsperren werden. Die Könige werden mir die Hand drücken, die angesehendsten Proletarier werden bei mir lernen."

„Und was wirst du dann machen?" fragte Sorrow.

„Dann werde ich leben und weiter erfinden. Ich werde meinem eigenen Palais wohnen und ein Wunder nach dem ren erfinden."

Sorrow sagte nichts darauf. Im Grunde genommen, waren ihm Edisons Zukunftspläne durchaus unsympathisch.

„Mir scheint," dachte er, „in seinen Worten ist kein kameradschaftlicher Geist. Edison ist ein Arbeiter und schwärmt von Königen. Wollen mal sehen, wie weit er es noch bringen wird."

(Fortsetzung folgt.)

HAMBURG AUF DEN BARRIKADEN

Erlebtes und Erhörtes aus dem Hamburger Aufstand 1923

Von Larissa Reissner.

8 (Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.)

Mittwoch, den 24., sah sich die leitende Gruppe gezwungen, das Rückzugs-Signal zu geben, — nicht, weil die Arbeiter geschlagen wurden, sondern weil von einer allgemeinen deutschen Revolution keine Spur zu sehen war. Welchen Zweck hätte es gehabt, den Kampf in Hamburg fortzusetzen, der einsam entbrannt war.

Aber es ist nicht so einfach, den Rückzugsbefehl in einer siegestrunkenen Stadt zu geben, in der die Verteidigung jeden Augenblick zum Angriff übergehen kann, wo es Hunderte von Barrikaden gibt, wo die Arbeiterschaft sich zum allgemeinen Angriff, zum letzten Akt des Bürgerkrieges — zum siegreichen Ergreifen der Macht vorbereitet. Den ersten Kurier, der den Rückzugsbefehl auf die Barrikaden brachte, warf man mit einer gewaltigen Ohrfeige zu Boden. Es war ein alter, ehrlicher Arbeiter, der während des ganzen Aufstandes zusammen mit seiner Familie den gefahrvollen Kurierdienst geleistet hat. Dieser Genosse wurde blutrot, wie seine zerschlagene Wange, wenn er an diese Ohrfeige zurückdachte, die er so unverdient von seinen Genossen erhalten hatte. Das ganze Arbeiter-Hamburg griff sich wie er an die Wange und biß die Zähne im Schmerz zusammen, als es den Befehl erhielt, den Aufstand zu liquidieren.

Man mußte ein solches Vertrauen bei den Massen genießen, wie es die Hamburger hatten, die zusammen mit ihren Organisationen aufgewachsen, untrennbar mit ihrem proletarischen Kern verknüpft waren, um eine solche plötzliche Wendung, wie es die Demobilmachung war, ungestraft vollführen zu können.

Nun, man zog sich zurück. Mit Aerger, murrend, — zum Abschied warf man den Gegner weit von den Barrikaden zurück. Die Schützen beraubten die dadurch geschaffene Verwirrung bei dem Feinde, verließen geräuschlos ihre Gräben, Barrikaden und Wachtposten. Man zog sich mit Massen zurück, nahm Verwundete und Tote mit sich, verwischte alle Spuren hinter sich, zerstreute sich nach und nach in den stillgewordenen Vorstadt-Straßen. Dieser planmäßige Rückzug vollzog sich unter der Deckung von Schützen, die auf den Dächern postiert waren. Keiner von ihnen verließ seine luftige Barrikade, ehe da unten in der Tiefe der Straße der letzte Kämpfer seinen Schützengraben verlassen hatte, ehe der letzte Verwundete, von den Genossen gestützt, im Torbogen eines sicheren Hauses verschwunden war. Den ganzen Tag hielten sie sich noch, schlugen die Weißen zurück, liefen von einem Stadtviertel zum andern — auf steilen Dächern, die über Abgründen hingen, an gähnenden Untiefen der Höfe und an den Dachfenstern vorbei, durch die die Polizei immer hartnäckiger vorzudringen begann, denn sie bemerkte endlich die Leere und die Niederlage hinter den menschenleeren, schweigenden Barrikaden. Der Kampf verwandelte sich in eine Verfolgung. Die ganze Bevölkerung versteckte und rettete die heroische Nachhut des Hamburger Oktobers, diese verwundeten, gehetzten Einzelkämpfer, die noch immer schossen, hoch oben über der Stadt, die plötzlich in unbekannte Arbeiterheime einbrachen — mit blutenden Händen, zerfetzt, mit schwarzen, verdorrten Lippen, mit einer Verfolgerschar hinter sich, die fluchend, dröhnend an der eben zugeschlagenen Tür suchend vorbeirannte.

Als einer der letzten zog sich ein alter Arbeiter zurück, — wankend vor Erschöpfung, zerfetzt, trunken vor Müdigkeit, der sich nicht mehr an die glatten Dachziegel der Kamine klammern konnte. Bereits unten angelangt, im Schatten eines Hoftores, das ihm den Weg zur Freiheit wies, blieb er nochmals stehen, warf sein Gewehr hoch, um mit Wut und Genuß seine letzten Patronen abzufeuern. Die ganze Mauerecke, an die er sich lehnte, war von den aufschlagenden Kugeln zerschossen. Es war ein blinder Zufall, daß keine dieser Kugeln seinen Kopf berührt hat, der wie ein Schattenriß umlocht war. Nur mit der größten Mühe gelang es, ihn im letzten Augenblick fortzuschaffen. Um seinen Hals, über dem offenen Hemde, und der verschwitzten behaarten Brust, hing ein funkelnagelneuer, bunter Schlips.

„Mensch, wozu brauchst Du diesen Schlips?"

„Ich wollte festlich sterben!"

*

Wir sind leider wegen Raummangel gezwungen, mit Beendigung dieses Kapitels die fernere Veröffentlichung der interessanten Aufzeichnungen Larissa Reißners einzustellen. Alle Interessenten, auf die Fortsetzungen machen wir darauf aufmerksam, daß „Hamburg auf den Barrikaden" im Neuen Deutschen Verlag" in Buchform erschienen ist. Das Werk umfaßt 85 Oktavseiten und ist zum Preise von 80 Pfg. bei allen Kolporteuren, der Buchhandlung der Schles. Verlagsgenossenschaft, Breslau, Trebnitzer Straße 50 und des Neuen Deutschen Verlages zu haben.

An die Ortsgruppen des Bezirks Schlesien.

Ab 1. Februar 1925 dürfen die Ortsgruppen nur die von der Bezirksleitung abgestempelten Beitragsmarken verkaufen und verwenden, alle anderen Marken müssen unter allen Umständen bis zum 10. Februar 1925 an uns zurückgesandt werden.

Die Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Die Feuerbestattung eine Kulturforderung des Proletariats.

Die Arbeiter als klassenbewußte Proletarier haben sich in erster Linie mit dem, was um sie vorgeht, mit den bestehenden Verhältnissen und mit dem Lebenden zu beschäftigen. Oft hört man deshalb die Redewendung: „Wenn ich tot bin, könnt ihr machen mit mir, was euch beliebt". Der Kampf ums Dasein läßt den zermürbten Proletarier nicht viel Zeit über das nachzudenken, was nach dem Tode mit ihm geschieht. Nicht aber deshalb allein, weil wir wissen, daß nach dem Tode kein neues jenseitiges Leben beginnt, nicht deshalb, weil wir wissen, daß mit der Auferstehungsidee die Erdbestattung verknüpft und von der Kirche festgehalten wird, müssen wir uns mit der Frage der Bestattungsform näher befassen, sondern, weil auch mit der Feuerbestattung Kulturforderungen verbunden sind, die kein nach Höherentwicklung strebender Proletarier außer acht lassen darf.

Die Erdbestattung widerspricht dem ästhetischen und ethischen Empfinden des modernen Menschen. Auf einen denkenden Menschen, der wahrhafte Gefühle der Pietät in seinem Innern trägt, wird es stets abstoßend wirken, wenn er zusieht, wie der Körper eines ihm teuren dahingeschiedenen Menschens in die Erde verbliebenen für ihre Toten, aber mit dieser Ruhe sieht es im Getier zu diesen. „Ruhe sanft", das ist der Wunsch der Hinterbliebenen für ihre Toten, aber in dieser Ruhe sieht es im Erdgrab sehr komisch aus. Die gräßlichen Begleiterscheinungen des langsamen Verwesens, lassen den dort unten schlafenden Menschen nicht in Ruhe.

So liegen die hygienischen Vorteile der Feuerbestattung jedem klar und offen auf der Hand. Rein und unversehrt, wie uns der Tote zuletzt im Gedächtnis, wird er der reinen Flammenglut übergeben. Alle häßlichen, drei Jahrzehnte dauernden Zersetzungsprozesse werden in einer Stunde erfüllt. Die Leiche bleibt unverändert liegen. Alle Gerüchte über Bewegungen, über Verwechslungen, sind von den Gegnern in die Welt gesetzt. Die Chamottemarke, mit Nummer versehen, welche den Auferstehungsprozeß mit durchmacht, wird in der Asche wiedergefunden und bürgt für die Identität. Der Körper ist in einigen Augenblicken mit einer Wasserdampfschicht umgeben, denn von dem Leib, der zu 80 Prozent aus Wasser besteht, verdampft zuerst diese Wassermenge, wonach die übrigen Bestandteile in sich zerfallen und in der Aschenkapsel ihre Aufnahme finden. Nicht nur für unsere Lieben, sondern ein jeder für sich selbst, wolle Vorbereitungen treffen, die uns die Feuerbestattung mit all ihren Vorzügen bietet.

Es haben sich zu diesem Zwecke Feuerbestattungsvereine verschiedenster Richtung gebildet, von rein bürgerlichen bis zur konsequent proletarischen Einstellung. Da uns die ersteren bis zu den sogenannten Volksfeuerbestattungsvereinen kein Interesse abnötigen können, erwähnen wir nur die letzteren.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung E. V., Sitz Berlin, ist über das ganze Deutsche Reich verbreitet. Er umfaßt gegenwärtig 900 Ortsgruppen. Ein Gang durch die Einrichtungen dieses Vereins zeigt heute dem Interessenten, daß nicht nur Särge in eigener Fabrik hergestellt werden, sondern auch das Holz aus einem eigenen Sägewerk geliefert wird. Im eigenen Betrieb wird die Sterbewäsche hergestellt, mit der Organisation gehörenden Leichentransportautomobilen der Transport der Leiche nach dem Krematorium ausgeführt, im eigenen Verwaltungsgebäude die Verwaltung des Gesamtvereins getätigt usw.

Kirchenaustritt ist bei Aufnahme in den Verein Bedingung. Es ist die Gewähr geboten, nicht nur materielle Vorteile Erstrebende in ihre Reihen zu bekommen, sondern Freidenker, in erster Linie proletarische, klassenbewußte Kämpfer.

In der Gemeindevertreter-Sitzung Blumenau

welche am Mittwoch, den 21. Januar stattfand, war der Hauptpunkt der Tagesordnung die Erwerbslosenfrage. Hier zeigte sich wieder recht was die SPD. für die Arbeiter tut. Auf die Ausführungen des Genossen Buchmann über Erhöhung der Unterstützungen, Zuschüsse für Mieten usw. hatten die Herrn von der SPD. mit den bürgerlichen keine Ohren, stimmten auch nicht dafür. Für die verheirateten Erwerbslosen wurde ja ein kleiner Betrag, aber nur einmalige Auszahlung, von 10 Mk. an, bewilligt. Für die Ledigen war gar nichts übrig, die können ja mit ihren 3,12 Mark von der Luft leben. Arbeiter, Erwerbslose merkt es euch, was eure SPD.-Vertreter die ihr ins Parlament gewählt habt, für euch tun, sie gehen Hand in Hand mit den Bürgerlichen und **treten eure Interessen mit Füßen.**

Achtung!

Oeffentliche Versammlungen mit dem Thema:

Die Vorgänge im Landtag und wer wird in Zukunft Preußen regieren!

finden an folgenden Orten statt:

Breslau: Mittwoch, d. 28. Jan. Zentralballsäle, abends 7½ Uhr Ref.: Landtg.-Abg. Schulz.
Langenbielau: Mittwoch, d. 28. Jan. Ref.: Parteisekretär Alfred Hamann.
Hirschberg: Mittwoch, d. 28. Jan. Ref.: Gabelin-Berlin.
Gottesberg: Donnerstag, d. 29. Jan. Ref.: Parteisekretär Smolka.
Landeshut: Donnerstag, d. 29. Jan. Ref.: Parteisekretär Hamann.
Schweidnitz: Donnerstag, d. 29. Jan. Ref.: Gen. Gabelin-Berlin.
Liegnitz: Donnerstag, d. 29. Jan. Ref.: Parteisekretär Smolka.
Görlitz: Donnerstag, d. 29. Jan. Ref.: Landtg.-Abg. Schütz.
Lauban: Donnerstag, d. 29. Jan. Ref.: Landtg.-Abg. Dörr-Berlin.
Altwasser: Mittwoch, d. 28. Jan. Ref.: Landtg.-Abg. Dörr-Berlin.

Angabe des Lokals und Stunde ersieht aus den Plakaten. Sorgt für Massenbesuch.

Bez. Schlesien.

Warum lesen noch immer so viele Arbeiter die bürgerlichen Zeitungen?

Wenn man diese Frage beantworten will, so muß man erst einmal feststellen, welche Art von bürgerlichen Zeitungen man in den Wohnungen der Arbeiter vorfindet. Es sind nicht die großen Tageszeitungen der Bourgeoisiepresse.

Es sind Zeitungen, die für Kleinbürger, für Lokalpatrioten, und Spießer, die sich nicht gern mit „hoher Politik" beschäftigen, geschrieben werden. Solche Leute, die das „politische Gezänk" „verabscheuen", ihre „Ruhe" und ihren „Frieden" haben wollen. Für die die Zeitung nach dem Mittagessen oder nach Feierabend im Lehnstuhl ungefähr die Bedeutung eines Verdauungsmittels hat.

Die bürgerliche Lokalpresse und vor allem die jetzige sozialdemokratische, verstehen es meisterhaft, der Denkfaulheit und Friedfertigkeit der breiten Kleinbürgerschichten und leider auch eines großen Teiles der Arbeiterschaft entgegenzukommen, sich ihr anzupassen und die Leser immer weiter ins Garn der politischen Unwissenheit, der schönen Worte und praktischen Gleichgültigkeit einzuspinnen. Denn: **dieser Zustand der Verlumpung der breiten Masse ist das Ideal der kapitalistischen Bourgeoisie,** mit dem sie ihre Ausbeuterherrschaft zum großen Teil ohne Anwendung von offener Gewalt aufrechterhalten kann. Justiz, Polizei und Reichswehr würden nicht im entferntesten ausreichen, um den kapitalistischen Unterdrückungsstaat zu beschützen, wenn nicht die bürgerlich-sozialdemokratische Presse wäre, die die politische Aufklärung im Sinne des Klassenkampfes nicht nur verhindert, sondern im Gegenteil dafür sorgt, daß ein großer Teil der werktätigen Bevölkerung seine wahre Klassenlage falsch einschätzt oder gar nicht erkennt und infolgedessen im Handeln gelähmt ist oder verkehrt handelt. Würde jeder Arbeiter nur die Arbeiterzeitung lesen, so wäre das erstens einmal eine ungeheure Schwächung des Unternehmertums und zweitens ein gewaltiger Schritt zur Sammlung und Einigung des Proletariats im Kampf gegen seinen Todfeind: den Kapitalismus.

So aber ist in der Tat **die bürgerliche und sozialdemokratische Presse ein wertvolles Instrument in den Händen der Ausbeuter, das ihnen behilflich ist, möglichst reibungslos die höchsten Profite aus den Knochen der großen Mehrheit der Bevölkerung herauszuschinden.**

Das sollte eigentlich auch der letzte Arbeiter begriffen haben. Und doch gibt es unzählige, die das Werkzeug ihrer eigenen Unterdrückung und Ueberlistung noch zur Hand nehmen, lesen und sich unwillkürlich beeinflussen lassen, zum mindesten aber gelähmt sind für den Kampf ihrer Klasse, wenn sie nicht gar in den Reihen ihrer eigenen Feinde kämpfen. Warum aber lesen immer noch so viele Arbeiter die bürgerlichen Zeitungen?

Etwa deshalb, weil in den (kommunistischen) Arbeiterzeitungen nicht so viel drinsteht? Weil sie keine Radio-Telegramme der großen Telegraphen-Agenturen bringen, keine Börsenberichte und Boxkampfschilderungen? Das wird niemand annehmen!

Aber vielleicht, weil sie nicht so schöne Worte machen, eine so glatte und schön dahinfließende Sprache führen, sondern einen herausfordernden und rauhen Ton anschlagen, zum Kampf aufrufen. Weil sie die Dinge beim rechten Namen nennen und die nackte Wahrheit aussprechen?

Das kann schon eher zutreffen. Vor der grausamen Wahrheit, von der Wirklichkeit seiner Lage schreckt so mancher Arbeiter noch zurück. Er schimpft zwar selbst, wenn er am Lohntag mit kärglichen paar Groschen abgespeist wird, wenn er in einer elenden Wohnung leben muß, der Unternehmer immer mehr Ueberstunden von ihm verlangt. Aber die Konsequenzen ziehen, sich dem harten und schweren Kampfe seiner Klassengenossen anschließen, das will er nicht, das ist ihm zu unbequem, davon sucht er sich feige zu verkriechen. Mancher hat sogar Angst vor seiner Frau, welche wiederum Angst hat vor der kommunistischen Zeitung, die sie in „schlechten Ruf" oder mit dem Beichtvater in Konflikt bringen könnte. Deshalb, um des lieben Friedens willen, verzichtet der Mann auf die kommunistische Zeitung und hält das bürgerliche Käseblatt, welches so wundervolle Courths-Maler-Romane bringt, die die Frau so gerne liest, weil darin immer die Welt so anders aussieht, als wie sie in Wirklichkeit ist.

Jawohl, die Furcht vor der nackten Wahrheit, vor der rauhen Wirklichkeit, vor dem unvermeidlichen Kampf der Arbeiterklasse, ist der Hauptgrund, weshalb die bürgerlichen Zeitungen noch immer so viele Arbeiterwohnungen verpesten.

Jeder Arbeiter, der den Mut hat den Dingen ins Gesicht zu sehen und sich nicht mit Illusionen füttern lassen will, der muß die „Schlesische Arbeiterzeitung" lesen.

Ein Breslauer Brausebad infolge Streik geschlossen.

Nach den Mitteilungen der bürgerlichen Presse ist das städtische Brausebad 5, Tiergartenstraße 1, seit dem 1. Januar 1925 geschlossen und zwar wegen gänzlicher Erneuerung aller Kalt- und Warmwasserleitungen. Die Arbeiten sind infolge eines Streikes unterbrochen worden und die Proletarier in der Scheitniger Vorstadt müssen, weil der Magistrat die genannten Arbeiten einem ausbeutungsgierigen Unternehmer übertragen hat, auf die Benutzung des Brausebades verzichten.

Wir fragen an, wie lange der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung einen solchen Skandal dulden werden? Haben wir etwa in Breslau einen Ueberfluß an Brausebädern, daß der Magistrat die Schließung der Anstalt in Scheitnig zu rechtfertigen können glaubt? Oder sind die Brausebäder nicht an den Sonnabenden und Sonntagen immer überfüllt? Wir fordern, daß der Magistrat sofort die genannten Arbeiten einem anderen Unternehmer überträgt, der die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

— **Die Filmdiva Wanda Treumann zu einem Gastspiel im Circus Busch verpflichtet.** Der Direktion des Circus Busch ist es gelungen, ab Dienstag, den 27. Januar 1925 Wanda Treumann zu einem kurzen Gastspiel für die Hauptrolle der „Mercedes" in dem Manegeschaustück „Der Graf von Monte Christo" zu gewinnen. Auf das Auftreten der berühmten und beliebten Filmdiva darf man mit Recht gespannt sein.

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glückauf. Breslau; Inserate: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Theater

Dienstag, 27. 1. 1925
Stadttheater „Der Bettelstudent"
Lobetheater „Die Kinderschänderin"
Thaliatheater „Haben Sie nicht zu verlieben?"
Schauspielhaus „Gräfin Mariza"
Liebich-Theater Revue-Vorstellung
Viktoria-Theater „Die Unschuldige"

Schauspielhaus Operettenbühne Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr: Zu neuer Aufführung: **Gräfin Mariza**

Filmschau
für die Woche vom 22.—29. Januar 1925
Ufa-Theater „Strandmen — Fischer"
Tauentzien-Lichtspiele „Stern" — „Weißes Blut"
Ab-Lichtspiele „Fall von Sahara"
Promenaden-Theater „Das Mädel von Barcelona"
Beh-Lichtspiele „Mädchen, die man nicht heiratet"
Breslauer Weltbühne „Bismarckjunker"
Jupiter-Lichtspiele „Das Kaiserjägerlied"

Versammlungskalender.
Breslau. Frauen der Genossen- und Genossinnen. Dienstag, 27. 1. abends 6 Uhr im Parteihaus: Frauenversammlung.
— Dienstag, den 27. 1. abends 7½ Uhr Sitzung der Unterhaltungskommission Zechmeyer, Sitzung 10 Uhr Zentral. Am Sonnabend, den 31. 1. 25 abends 7½ Uhr findet eine Begirksversammlung statt, zu der jeder Genosse anwesend sein muß. „Sehr wichtig!" Mitgliedsbücher mitbringen. Referent Genosse Wien.

Gewerkschaften
Breslau. Gewerkschaftskartell. Donnerstag, den 29. Januar, abends 7½ Uhr, Außerordentliche Kartellsitzung im „Grünen Baum".

Sportnachrichten
Breslau. Arbeiter-Turn- und Sportverein. Donnerstag, den 29. 1. 8 Uhr Vorbesprechung der Mitglieder Gewerkschaftshaus. Erscheinen aller 3 Plätze Pflicht. Freie Turnerschaft. Sonntag, den 25. 1. 25 nachmittags 3 Uhr Jugendversammlung. Die Mitglieder Jugendversammlung 3 Uhr erst am 29. 1. bei Reichel, Taubenstr. 13 statt. Mittwoch von 6½ Uhr Turnabend, den 7. Februar abends 7½ Uhr Vereins-Generalversammlung.

Liebich Theater Januar 1925 Täglich 8 Uhr: Otto Reutter und das große Januar-Programm

Circus Busch Täglich 3 Uhr: Wasser-Manege-Schaustück Der Graf von Monte-Christo Ein Schaustück für jedermann! Jung und Alt — offen Auch der neue Zirkus-Schlager Sensation: Grauen Zirkusstute

Ausschneiden! Aufbewahren!
Frauen verwenden nur meine glänzend bewährten **Präparate**
Verlangen Sie Prospekte über alle hygienischen Art kel. Viele Dankschreiben. Gar. unschädl. Zusendung unter Nachn. nur durch meine Vers.-Apotheke.
Apotheker Rastl, Hamburg 36, Postfach 316/101

Beim Inventur-Ausverkauf
hat der Geschäftsmann nur dann Erfolg, wenn er in dem Organ der werktätigen Bevölkerung, in der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"
inseriert. Darum kauft nur in solchen Geschäften, die in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung"
inserieren!

Amtl. Bekanntmachung von Nen-Salzbrunn.

Die unterm 19. Januar d. J. vom Kreisausschuß Waldenburg genehmigte Ordnung betreffend Erhebung einer Luftbarkeitssteuer liegt in der Zeit vom 26. Januar bis 12. Februar d. J. im hiesigen Gemeindebüro zur Einsicht öffentlich aus.

Neu-Salzbrunn, 23. Januar 1925.

Der Gemeindevorsteher.
E. Michaelis.

Neuer Deutscher Verlag Zweigabteilg. Schlesien
Für die Breslauer Stadtbezirke Ost u. Nordost suchen wir noch einige fleißige und zuverlässige **Hausbesorterinnen** geg. hohe Entschädig. Meldungen bei Max Zuckacher, Brasl. 10 Schießwerderstr. 131.

Amtl. Bekanntmachung von Dittersbach.

Die nächste öffentliche Gemeindevertretersitzung findet am **Mittwoch, den 28. Januar 1925, nachmittags 5 Uhr,** statt.

Die Tagesordnung hängt im Amtshaus zu jedermanns Einsicht aus.

Dittersbach, den 24. Januar 1925.

Der Gemeindevorsteher-Stellv.
Roeßler.

Herren-Garderobe fertigt preiswert an **Radlewski** Oderstrasse Nr. 14, III.

Genossen der Ohlauer Vorstadt kauft Eure Tabakwaren bei Eurem Parteigenossen **Otto Zickler, Zigarrengeschäft** Tauentzienstraße Nr. 181 neben Kohlenhandlung Karl Winkler

Genosse! Du sabotierst die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" wenn Du nicht bei jedem Einkauf auf die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" hinweist und in den Geschäften, die nicht in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" inserieren wollen, noch weiterhin kaufst! Jeder Geschäftsmann, jedes Verkehrs-Lokal, alle **müssen in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" inserieren!**

Bist du schon Mitglied der Roten Hilfe? Sofort melde deinen Beitritt an!

mit dem Hemd bekleidet, acht volle Wochen vegetieren. Der Strafvollzugspräsident Humann berichtigte, daß Weber die Matratze zerrissen und seine Notdurft neben das Gefäß verrichtet habe. Die „Schlesische Arbeiterzeitung", die den Vorfall veröffentlichte, wurde verboten. Aber jetzt bestätigt ein Gefangener trotz der „Berichtigung" den unerhörten Vorgang. Gewiß seien Matratze und Kotkübel in der Tobsuchtszelle, die Herr Humann schamhaft „Beruhigungszelle" nennt, gewesen. Weber habe aber einen Anfall bekommen und wollte den Kübel nach dem Aufseher werfen. Der Wärter sprang zur Seite, rutschte auf dem glatten Linoleum aus und verstauchte sich das Bein. Daraufhin wurde der geisteskranke Weber acht Wochen lang auf die oben geschilderte Weise gequält, bis sein „Zustand es erlaubte" — wie Herr Humann berichtigt — und er in die Irrenanstalt gebracht wurde.

Ebenso barbarisch ist im Hirschberger Gerichtsgefängnis der politische Gefangene Klose behandelt worden. Auch hier hatte Herr Humann berichtigt, daß Klose nur in eine „Tollerzelle" gebrachtt und nicht schikaniert oder gequlert worden sei. Aber Herr Humann hat Pech. Es meldet sich ein Gefangener, der vier Augenzeugen namhaft machen will dafür, daß Klose drei Wochen in der Arrestzelle war, ohne eine Minute an die Luft geführt worden zu sein. Klose wollte eines Tages dem Inspektor vorgeführt werden. Er wurde aber sofort wieder mit Gewalt in die Arrestzelle gebracht. Dabei mußten sogar zwei Gefangene mithelfen. Ein Oberwachtmeister bearbeitete Klose mit Faustschlägen und Fußtritten und nannte ihn Lump. Sechs volle Wochen mußte Klose in der Arrestzelle verbringen, bis er in die Irrenanstalt gebracht wurde.

So werden kranke, gefangene Proletarier behandelt. Wenn aber einmal eine „Hochgestellte Persönlichkeit" in einem Gefängnis vorübergehend Platz nehmen muß, dann können dieselben gestrengen Herren trotz Hausordnung und Gefängnisdisziplin ganz anders. Als der Landgerichtsrat Josefson wegen Mordverdacht an einer Bardame im Untersuchungsgefängnis Breslau saß, duldete Herr Humann, daß die Zellentür den ganzen Tag offen stand, daß der Bruder des Gefangenen den ganzen Tag in der Zelle mit ihm Karten spielen konnte, usw.

Trotz aller Berichtigungen treibt die Barbarei in den Gefängnissen der deutschen Republik immer grausamere Blüten. Hunderte von Proletariern werden darin langsam zu Tode gequält. Besonders auf die politischen Gefangenen haben es die Kerkermeister abgesehen. Die meisten dieser Folterungen der Gefangenen werden innerhalb der stummen Mauern bleiben, die erschütternden Schreie und Stoßseufzer der Gemarterten in den engen, dunklen Kerkergewölben verhallen. Die Schuldigen werden erst im Laufe der Geschichte vor den Richterstuhl des siegreichen Proletariats gestellt werden.

Bis dahin aber muß der Kampf aller Proletarier gesteigert werden, bis die Grundfesten des Kapitals erzittern und allen politischen Gefangenen volle Amnestie bereitet wird.

Das Gefängnis.

Umni, der Marsbewohner, wurde vom Direktor durch das Gefängnis geführt. Er sah Männer und Frauen, die voller Sehnsucht aus den elenden Gitterfenstern blickten und denen Kummer und Gram anzumerken waren.

„Was haben diese Menschen getan?", fragte Umni den Gefängnisdirektor.

„Es sind schwere Verbrecher", entgegnete dieser. „Ich weiß gar nicht, ob in Ihrer glücklicheren Welt solche Verbrechen vorkommen."

„Um was für Verbrecher handelt es sich?"

„Diese Menschen verkünden eine schändliche Lehre", flüsterte der Gefängnisdirektor. „Sie lehren: Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen."

„Das ist doch kein Verbrechen", meinte Umni.

„Doch, Sie scheinen nicht zu verstehen. Diese Menschen wollen den Privatbesitz abschaffen."

„Was ist der Privatbesitz?", fragte Umni.

Der Gefängnisdirektor nahm den Hut ab, stand stramm und sprach in ehrfurchtsvollem Ton:

„Der Privatbesitz ist unser heiligstes Gut, ja, man könnte sogar sagen, es ist unser Gott."

„Ich verstehe noch immer nicht, was die Gefangenen eigentlich getan haben?", sagte Umni. „Sie müssen mit meiner Unwissenheit Nachsicht haben."

„Also, diese Leute, diese Verbrecher, wollten durchsetzen, daß die Arbeiter, die von Gott geschaffen wurden, um für den Unternehmer Reichtum anzusammeln, von diesem Reichtum einen Teil. . . ."

„Verzeihen Sie", unterbrach ihn Umni, „welchen Gott meinen Sie? Den Privatbesitz, oder gibt es noch einen anderen?"

Der Gefängnisdirektor zuckte die Achseln. „Ich fürchte, Sie besitzen nicht die genügenden Vorkenntnisse, um unsere Erdenordnung zu verstehen. Lesen Sie einen Monat lang die „Deutsche Tageszeitung" oder den „Vorwärts", dann werden Sie wissen, was für Verbrecher die Revolutionäre sind."

Als sie vor dem Gefängnistor standen, fuhr in einem Automobil ein häßlicher Mann vorbei. Der Gefängnisdirektor verbeugte sich tief.

„Wer war das?", fragte Umni.

„Ein Gutsbesitzer. Der reichste Mann der ganzen Gegend."

„Wodurch wurde er so reich?"

„Er hat nach einer schlechten Ernte das Getreide zurückgehalten, es erst verkauft als der Preis um das Zehnfache gestiegen war."

„Aber dann konnten ja die Armen nicht genügend Brot kaufen?"

Der Gefängnisdirektor blickte Umni verächtlich an. „Das verstehen Sie nicht; dieser Gutsbesitzer ist ein glühender Patriot, eine Stütze der Ordnung und der Gesellschaft. Lesen Sie die „Deutsche Tageszeitung".

Umni telegraphierte an seine Zeitung: „Auf der Erde werden jene, die den Menschen helfen wollen, ins Gefängnis geworfen, jene aber, die wahre Verbrecher sind, gelangen zu Ehren und Reichtum." Hermynia Zur Mühlen.

Rechenschaftsbericht des Bezirkskomitees für die Monate Oktober—Dezember 1924.

Am 1. Oktober v. Js. übernahm das Bezirkskomitee der Roten Hilfe die Organisation und den Aufbau des Bezirksvereins Schlesien zur Unterstützung politischer Gefangener und deren Familien. Obwohl die Rote-Hilfe-Organisation in anderen Teilen Deutschlands bereits seit Jahren festen Fuß gefaßt hat, konnte man in Schlesien von einer Organisation der Roten Hilfe nicht reden. In den wenigen Wochen des Bestehens des Bezirksvereins ist es nun gelungen, eine ganze Reihe von Ortsgruppen und Ortskomitees der FRH. ins Leben zu rufen, deren Zahl ständig im Zunehmen begriffen ist. Waren es im Oktober 19, so stieg die Zahl im November auf 27, und im Dezember auf 36, so daß jetzt 36 Ortsgruppen vorhanden sind. In einer ganzen Anzahl von Orten haben wir Vertrauensmänner. Aufgabe der Vertrauensmänner muß sein, Ortsgruppen mit einem gutarbeitenden Ortskomitee zu gründen. Bei aller Anerkennung, daß die Organisation voran geht, so muß doch gesagt werden, daß viele Orte in Schlesien noch ohne Ortsgruppe oder Vertrauensmann der Roten Hilfe sind. Soll die Rote Hilfe ihre Aufgaben erfüllen, den politischen Gefangenen und ihren Angehörigen materielle und geistige Hilfe zu bringen, den politischen Angeklagten Rechtsschutz zu gewähren, den Kindern solcher Opfer der Klassenjustiz den Aufenthalt in Kinderheimen zu ermöglichen, so müssen noch erhebliche Anstrengungen gemacht werden, um den Gedanken der Solidarität bei allen Werktätigen zu wecken und eine rege Sammeltätigkeit einsetzen.

Laufende Unterstützungen wurden in der üblichen Höhe gezahlt im Oktober an 10 Frauen, 18 Kinder und 17 Gefangene, im November an 12 Frauen, 19 Kinder und 19 Gefangene, im Dezember sind anläßlich des christlichen Weihnachtsfestes die Sätze verdoppelt worden. Es wurden unterstützt im Dezember 15 Frauen, 24 Kinder, 18 Gefangene. In mehreren Fällen wurden besondere Unterstützungen gewährt, ebenso wurde in der Berichtszeit in vielen Fällen bei der juristischen Zentralstelle Rechtsschutz beantragt und gewährt.

An Einnahmen waren zu verzeichnen im Oktober 243,15 Mk., im November 416,60 Mark, im Dezember 483,85 Mark.

Mitglieder und Freunde! Gebt diese Beilage Euren Arbeitsbrüdern, damit den Opfern der weißen Justiz geholfen werden kann und unsere Kämpfer in den Gefängnissen erfahren, daß sie unvergessen sind.

Neues Schreckensurteil.

Wieder hat der Freiburger Kommunistenprozeß vierzehn Arbeiter zu 58 Jahren Zuchthaus, viele andere zu Gefängnis verurteilt.

Wieder sitzen viele Arbeiterfamilien ohne Ernährer im größten Elend.

Der neue Reichstag wird keinen Finger für sie rühren.

Wollen wir die, die für unsere Befreiung leiden müssen, stillschweigend verkommen lassen?

Niemand hilft ihnen, wenn nicht wir — wir Arbeiter und Arbeiterfrauen.

Sammelt für die Rote Hilfe.

Bildet in allen Betrieben Zellen der „Roten Hilfe"!

GOLGATHA

Mitteilungsblatt des Bezirksvereins Schlesien zur Unterstützung politischer Gefangener und deren Familien.

1. Jahrgang | Januar 1925 | Nummer 1

Noch ist der Golgatharaum der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet, — aber der Tag der Erlösung naht. Karl Liebknecht

Zum Geleit!

Zum ersten Male erscheint als besondere Beilage der Schlesischen Arbeiter-Zeitung das **Mitteilungsblatt des Bezirksvereins Schlesien zur Unterstützung der politischen Gefangenen und deren Familien.** Dieses Mitteilungsblatt will versuchen, unseren Mitgliedern und Freunden einen Einblick in das Arbeitsgebiet des Bezirksvereins geben. Groß ist die Not der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland, aber noch größer ist die Not in den Familien, deren Ernährer als Opfer der weißen Justiz hinter Kerkermauern schmachten. Diesen Opfern der Klassenjustiz materielle und geistige Hilfe zu bringen, ist die hehrste Aufgabe aller klassenbewußten Werktätigen. Diese Hilfe zusammenzufassen, um die ungeheure Not der Angehörigen der politischen Gefangenen zu lindern, ist die Aufgabe des Bezirksvereins.

Arbeiter Schlesiens! Es gilt eine Aufgabe von höchstem revolutionären Wert zu erfüllen, es gilt, die dem Proletariat von der Bourgeoisie und ihrer wütenden Klassenjustiz geschlagenen Wunden zu heilen. Neue große Kämpfe um die Sicherung des Lebens, um ein Stückchen Brot stehen bevor. Vergeßt die nicht, welche als leuchtendes Beispiel dem kämpfenden Proletariat vorangegangen sind.

So möge denn die neue Beilage der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" hinausgehen, um das Interesse der Massen für die Not der politischen Gefangenen zu wecken und helfen, diese Not zu lindern.

Übt Solidarität! Sammelt Rote Hilfe!

Bezirksverein Schlesien
zur Unterstützung politischer Gefangener
und deren Familien.

Offener Brief an die 2. Internationale.

Wir wenden uns mit diesem Brief an die 2. Internationale und die ihr angeschlossenen sozialistischen Parteien in der sicheren Ueberzeugung, daß die Arbeitermassen es ihnen nicht gestatten werden, unseren Brief unbeantwortet zu lassen. Die Arbeiterklasse muß maßgeblichen und unzweideutigen Aufschluß erhalten über die Stellung der 2. Internationale zu unserem ganz konkreten Vorschlag, der auf die Milderung des Loses von Zehntausenden wegen ihres Kampfes gegen die kapitalistische Gewaltherrschaft in den Kerkern der Bourgeoisie sitzender Arbeitern bedacht war.

Was hat uns zu diesem Schritt veranlaßt?

Die Presse und die leitenden Organe der 2. Internationale und ihrer Parteien betreiben in der letzten Zeit mit besonderer Beharrlichkeit eine Propaganda des sogenannten „demokratischen Pazifismus", der, wie sie sagen, dem Bürgerkrieg eine Ende setzen und das Ausbrechen imperialistischer Kriege unmöglich machen soll.

Unsere, auf revolutionärer Basis stehende Organisation, gab sich nie einer Täuschung über die wahre Bedeutung dieser Kampagne hin, deren Zweck es ist, die Raub- und Gewaltpolitik des Imperialismus gegen die Arbeiterklasse und die kolonialen oder im Kriege besiegten Völker zu maskieren. Die Vorgänge der letzten Monate haben diesen sogenannten „Pazifismus" genügend bloßgestellt. Es genügt, zu erinnern an die Verstümmelung Deutschlands durch den Dawesplan, an die Offensive des Imperialismus in China, Kleinasien und Afrika, an die Vorbereitung bewaffneter Interventionen seitens des Völkerbundes gegen die Sowjetunion und schließlich an die unaufhörlichen Massenrepressalien und Gewaltakte gegen kommunistische Arbeiter und Revolutionäre in den Kolonien und die Weigerung der Bourgeoisie und der 2. Internationale, die Amnestie durchzuführen.

Der „Pazifismus" und sein Verteidiger, die 2. Internationale, schweigen, wenn es sich um die Ausplünderung von Völkern oder die Unterdrückung von Arbeitern handelt; er tritt aber unverzüglich für die Konterrevolution ein, wenn diese einen Aufstand gegen die Sowjetunion versucht, wie es bei der jämmerlichen Banditenaktion in Georgien der Fall war. Die Forderung nach Befreiung der revolutionären Arbeiter aus den Gefängnissen ertönt immer lauter und machtvoller in allen Ländern, findet aber keinerlei Unterstützung seitens der 2. Internationale und der ihr angehörenden sozialistischen Parteien; genau so, wie die Bourgeoisie alle Forderungen nach Amnestie brüsk ablehnt. Zum Objekt ihrer „pazifistischen" Sorgen haben alle Parteien der 2. Internationale die Gruppen der in der Sowjetunion wegen Beteiligung an der Vorbereitung konterrevolutionärer Anschläge verhafteten Menschewisten, Sozialrevolutionäre und Anarchisten gemacht. Trotz aller Angaben, die bestätigen, daß diese Häftlinge in den Haftanstalten der Sowjetunion in denkbar besten Verhältnissen leben, stellt die 2. Internationale ihre gegen die Sowjetunion gerichtete Kampagne nicht ein und stellt diese den Forderungen des Proletariats nach Befreiung der Gefangenen in den bürgerlichen Gefängnissen entgegen.

Ist nun diese Einseitigkeit ein Zufall oder steht die 2. Internationale prinzipiell auf dem Standpunkt einer Unterstützung der Konterrevolution in der Sowjetunion?

Die Parteien der 2. Internationale sitzen in den Regierungen mehrerer Staaten des bürgerlichen Europa und unterstützen eine Reihe anderer. Sie könnten somit vieles für die Befreiung der Gefangenen aus den bürgerlichen Gefängnissen tun. Dieser Umstand veranlaßt uns zu unseren Vorschlägen. Wir schlagen vor:

1. Die „Internationale Rote Hilfe" und die 2. Internationale wollen nach vorheriger Vereinbarung untereinander Sorge tragen für die Milderung des Schicksals der Opfer des Bürgerkrieges, und zwar wird:

a) die „Internationale Rote Hilfe" alles tun, um die Regierung der Sowjetunion zu veranlassen, einem Austausch zuzustimmen, der die in den Strafanstalten dieses Landes befindlichen Personen, die, ohne jede Scheu in der Wahl der Mittel, versucht haben, der Arbeiter- und Bauernbevölkerung dieses Landes ihre revolutionären Errungenschaften zu entreißen, austauscht mit den in den Gefängnissen der bürgerlichen Staaten schmachtenden Gefangenen des Kapitals, die des Kampfes gegen das kapitalistische Regime in diesen Staaten beschuldigt werden.

b) Gleichzeitig wird die 2. Internationale und die ihr angehörenden sozialistischen Parteien ihren Einfluß auf die Regierungen der bürgerlichen Staaten ausnützen, um sie zu veranlassen, die Türen der politischen Gefängnisse zu öffnen und die revolutionären Kämpfer gegen Entlassung der Konterrevolutionäre aus den Haftanstalten der Sowjetunion freizulassen, für die die 2. Internationale sich stets einsetzt.

2. Erklärt sich die 2. Internationale mit diesem Hauptvorschlag einverstanden, so schlägt die „Internationale Rote Hilfe" der 2. Internationale vor, daß die beiden Organisationen zum Zweck der Vorbereitung des Gefangenenaustausches einander durch gegenseitige Information über die Lage der Opfer des

Bürgerkrieges der ganzen Welt unterstützen. Auf Grund des gesammelten Materials kann das Bild, das diese Lage bietet, ohne Voreingenommenheit festgestellt werden.

Eine Ablehnung dieses Vorschlages oder das Ausbleiben einer öffentlichen und offiziellen, unzweideutigen Antwort, würde unsere schlimmsten Erwartungen rechtfertigen und den Wert aller Phrasen und demagogischen Ausfälle der 2. Internationale zeigen.

Die Arbeiter werden die Antwort der 2. Internationale erwarten.

Das exekutive Komitee der „Internationalen Roten Hilfe".

Lepeschinski, Lukajanoff, Kuschner, Temkin (SSSR.)
Treint (Frankreich), Dombal, Bogutzki (Polen), Geschke, Markgraf (Deutschland), Marabini (Italien), Lukanoff (Bulgarien), Badulesco (Rumänien), Rjastas (Baltische Länder), Gyptner (KJI.), Redetzki (Rote Gewerkschaftsinternationale).

Aus dem Zuchthausstaat.

Die juristische Zentralstelle der KPD. zieht folgende Bilanz.

Vom 1. Juli bis 8. Dezember haben **504 Prozesse** gegen Kommunisten stattgefunden.

Verurteilt wurden 3522 Kommunisten, und zwar zu insgesamt

577 Jahre 10 Monaten Festung
489 Jahre 1 Monaten Zuchthaus
1197 Jahre 2 Monaten Gefängnis

und zu insgesamt

121 237 Mark Geldstrafen.

Diese Zahlen geben das erschütterndste Bild der deutschen Klassenjustiz In 1½ Jahre **3522 Verurteilungen**, das muß auch den Blinden sehend machen. Und diese 3522 sind die besten Kämpfer der proletarischen Klasse.

Wo ist eine Zeitung in Deutschland, die diese Todesbilanz veröffentlicht? Wo ist eine Stimme des Protestes der Friedens- und Menschenfreunde?

Die Internationale Rote Hilfe hat sich an die II. Internationale gewandt, zwecks Austausch der deutschen politischen Gefangenen mit den russischen politischen Gefangenen.

Der Druck der Arbeiter muß die II. Internationale zum Reden zwingen. Der Reichstag wird sich mit der Zuchthausmach befassen.

Nur unter dem Druck der Massen wird eine Generalamnestie durchgeführt.

Nicht Komödie — volle Amnestie!

Mitte Dezember wurde die Oeffentlichkeit plötzlich überrascht durch die Freilassung des Kapp-Putsch-Führers Traugott von Jagow. Scheinbar kam dieser Schritt überraschend, in Wirklichkeit war er von langer Hand vorbereitet, denn es ist mehr als bezeichnend, daß Jagow sich bereits auf freiem Fuß befand, als seine bevorstehende Freilassung gemeldet wurde. Lediglich durch das Telegramm eines kommunistischen Gefangenen aus Gollnow war der kommunistische „Klassenkampf" in der Lage, noch vor irgend einer anderen Zeitung über die Freilassung Jagows zu berichten. Diese provokatorische Freilassung des einzigen überhaupt verurteilten Führers der Kappverbrecher, während von einer Freilassung der 7000 eingekerkerten Proletarier keine Rede ist, löste bis weit in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter hinein ungeheure Empörung aus, so daß selbst der „Vorwärts" sich gezwungen sah, gegen sie Stellung zu nehmen, obgleich der Sozialdemokrat Ebert dafür die Verantwortung trug. Gleich darauf erfolgte die Freilassung Hitlers und seiner Getreuen, die in der Festung Landsberg einen angenehmen Erholungsurlaub, genannt Festungshaft, verlebten. Nach dem Proteststurm gegen die Freilassung Jagows aber wagte man es nicht mehr, nur die Hitler-Putschisten freizulassen. Man ergänzte diese Freilassung darum durch die gleichzeitige Freilassung der in der Festung Niederschönenfeld sitzenden Räterepublikaner Mühsam, Sauder, Olschewski und Karpf und die Schließung der Festung Niederschönenfeld, die wieder ihrer alten Bestimmung als Jugendstrafanstalt zugeführt wird.

Das System Niederschönenfeld aber bleibt, es bleibt sogar in seinem engeren Sinne. An Stelle von Niederschönenfeld wird jetzt die Festung Landsberg am Lech treten, wo die Hitlerputschisten ihren Erholungsurlaub „verbüßt" haben. In ganz Deutschland bleibt das System des barbarischen Strafvollzuges, das System der Rechtlosmachung der proletarischen politischen Gefangenen, der Zermürbung und der Willkür. Die Klassenjustiz gibt einen ihrer belasteten Außenposten auf, gerade um das System zu retten. Niederschönenfeld war durch die Propaganda des revolutionären Proletariats und der Roten Hilfe zu sehr belastet. Das System der Willkür war hier so offenkundig, daß der Protest das ganze Proletariat erfaßte, ja sogar darüber hinaus bis weit in kleinbürgerliche Schichten drang. Die deutsche Bourgeoisie hofft, daß der Justizterror gegen die vielen Namenlosen, durch die Hetze der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse als Verbrecher verschrieenen Proletarier nicht einen so starken Proteststurm auslösen wird, wie die Justizwillkür, gegen die weiten Schichten des Proletariats und Kleinbürgertums bekannten Niederschönenfelder.

Zur gleichen Zeit, in der die Freilassungen erfolgen, kommen aus allen Teilen Deutschlands Nachrichten von neuen Verfolgungen, neuen Haussuchungen, Verhaftungen und Verurteilungen. Der Freilassung der Räterepublikaner aus Niederschönenfeld ist nicht die Freilassung aller noch inhaftierten Räterepublikaner in Bayern gefolgt. Denn noch immer sitzen in bayerischen Zuchthäusern die Proletarier, die im Geiselmordprozeß und in anderen Prozessen nach der Räterepublik zu langen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, ganz zu schweigen von denen, die nicht mehr amnestiert werden können, weil sie, wie Levine erschossen oder wie Hagemeister an den Folgen des barbarischen Strafvollzuges zugrunde gerichtet wurden. Ja, nicht einmal die Freigelassenen wurden wirklich amnestiert. Sie wurden nur freigelassen gegen „Bewährungsfrist". Wer die deutsche bürgerliche Klassenjustiz kennt und weiß, wie spielend sie Revolutionäre mit ihr in Konflikt kommen, weiß, was das bedeutet. Die geringste Kleinigkeit genügt, um denen, die sich „bewähren" sollen, zum Rest ihrer Strafe zu verhelfen. Die Herren Hitler, Jagow usw. haben so etwas natürlich nicht zu befürchten.

Am tollsten aber ist der Betrug im Falle der Freilassung Jagows. Jagow ist der einzige der Kappisten, der überhaupt verurteilt wurde. Während Jagow aber freigelassen wurde, sitzt noch immer eine Anzahl von Proletariern in den Gefängnissen und Zuchthäusern, die sich zur Abwehr des doch selbst vom Standpunkt der Demokratie aus hochverräterischen Kappputsches erhoben, darunter auch mehrere, die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurden. Ebenso verlogen ist die Begründung: Es sei üblich, bei politischen Straftaten die Gefangenen zu entlassen, wenn sie zwei Drittel ihrer Strafe verbüßt hätten. Wir wissen von ungezählten Proletariern, bei denen dieser angebliche Grundsatz nicht angewendet wurde. Wir werden die Listen all derer zusammenstellen, die bereits zwei Drittel und mehr ihrer Strafe verbüßt haben, und wir werden dann sehen, ob man sie freilassen wird. Man wird es nicht tun, denn wäre der angebliche Grundsatz, der Jagow gegenüber angewendet werden „mußte", wirklich ein Grundsatz, dann hätte ihre Freilassung bereits automatisch erfolgen müssen.

Aus all dem ergibt sich klar der Sinn dieser Amnestiekomödie. Die Konterrevolution erhält alles, die volle Legalität: die Befreiung der wenigen ihrer Führer, die überhaupt und dabei noch äußerst milde, von der Klassenjustiz angepackt wurden, dem Proletariat aber wird Sand in die Augen gestreut. Während der Anschein „unparteiischer Gerechtigkeit" erweckt wird, wird der Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz noch einseitiger als bisher: sie arbeitet nur noch gegen das Proletariat. Der Ansturm der breiten werktätigen Massen, die sich gegen das Wüten der Klassenjustiz erhebem, soll gebrochen, verwirrt und abgelenkt werden. Die äußerliche Preisgabe Niederschönenfelds und die Begnadigung einzelner soll den Anschein erwecken, als wäre die Klassenjustiz wirklich bereit, dem Drängen der Massen nachzukommen. Hand in Hand mit dieser Amnestiekomödie geht die Hetze gegen die vielen Namenlosen, die man als „Tschekisten", als Brandstifter, Meuchelmörder und kriminelle Verbrecher den schwankenden Arbeiter- und Kleinbürgerschichten verächtlich zu machen sucht, während man ihnen gleichzeitig vorklaucht, man würde alle, die aus wirklich politisch ideellen Motiven usw. gehandelt hätten, befreien.

Dieser infame Streich muß pariert werden. Es darf der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie, die am lautesten ehrstimmen in das Geschrei gegen die „Tschekisten" und gegen die „verbrecherischen KPD.-Führer, die die anderen Opfer ins Verderben hetzen", nicht gelingen, mit ihren Tendenziösen die Massen zu verwirren. Es darf ihr nicht gelingen, durch einzelne Scheinbegnadigungen den Anschein zu erwecken, als sei sie wirklich bereit, die Opfer des Klassenkrieges zu befreien. Nicht dem Proletariat zuliebe, sondern um der Empörung über die Befreiung der Kapp- und Hitlerbanditen, die am liebsten das deutsche Proletariat schon morgen in einen konterrevolutionären Raubkrieg hetzen möchten, die Spitze abzubrechen, wurden die Räterepublikaner freigelassen. Für dieses schändliche Spiel, das hier mit den Gefangenen getrieben wird, ist die Sozialdemokratie voll verantwortlich. Sie hat nicht nur durch die Person ihres Ebert Jagow befreit, sie hat nicht nur durch die Hetze gegen die „Tschekisten" und gegen die „KPD.-Verbrecher" den Boden für dieses Betrugsspiel vorbereitet, sie hat durch die ständige Verhinderung aller Amnestieanträge und die Ausgabe der Parole einer beschränkten Amnestie die jetzige Komödie ermöglicht. Um so mehr muß die Aufgabe des Proletariats und der „Roten Hilfe"-Organisation sein, den Ruf nach der vollen und uneingeschränkten Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen immer lauter und kräftiger zu erheben.

Die Internationale Rote Hilfe hat bereits einen Vorschlag zur Befreiung der gegenwärtigen Opfer des Klassenkrieges gemacht. Sie hat der 2. Internationale vorgeschlagen, ihren politischen Einfluß einzusetzen für die Befreiung der politischen Gefangenen in den kapitalistischen Ländern gegen die gleichzeitige Befreiung der konterrevolutionären Gefangenen in der Sowjetunion, über deren angeblich so trauriges Schicksal Sozialdemokraten und Bourgeoisie gemeinsam greinen.

Obwohl mehr als zwei Monate seitdem vergangen sind, hat weder die 2. Internationale noch die deutsche Sozialdemokratie offiziell geantwortet. Lediglich ein paar Kolanischnupfer aus dem Romanischen Café in Berlin, die sich großspurig als Auslandsvertretungen der russischen Sozialdemokraten und Herrechten und Linken Sozialrevolutionäre, Maximalisten, Anarchisten usw. bezeichnen, haben mit einer neuen Hetze und mit der Verkünstelung des Vorschlages geantwortet. Aber trotzdem namentlich auch die deutsche Sozialdemokratie nicht müde wird, für die eingekerkerten Konterrevolutionäre einzutreten, hat sie nichts getan, um den Vorschlag der IRH. zu verwirklichen. Sie hat auch in Deutschland nichts getan, um dem Willen der Klassenjustiz Einhalt zu tun, sie hat im Gegenteil durch den Reichspräsidenten Ebert die Konterrevolutionäre aus ihrer milden Haft befreit und die Amnestiekomödie mit durchgeführt. Um so mehr aber müssen die Arbeiter, auch die sozialdemokratischen, den Vorschlag der IRH. aufnehmen und benutzen, um den Kampf um die Amnestie zu verstärken und zu verbreitern.

Der Ruf nach der Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen darf nicht mehr verstummen! Die Amnestiekomödie der deutschen und bayerischen Regierung muß der Anstoß für den Kampf um die volle und uneingeschränkte Amnestie werden.

Heraus mit allen proletarischen Opfern des Klassenkampfes!

Barbareien in deutschen Kerkern.

„Dem Hungerstreik wird viel zu viel Bedeutung beigemessen" lautet der Gefängnisarzt von der „Grauppe" (Gefängnis in der Graupenstraße) in Breslau in einer Konferenz der Schlesischen Gefängnisgesellschaft. Dieser Medizinalrat Dr. Fischer hielt in dieser von Menschlichkeit triefenden christlichen Gesellschaft ein Referat über „Vergünstigungen der Strafgefangenen".

In diesem Ausspruch des Gefängnisarztes drückt sich die ganze Brutalität des deutschen Strafvollzugs aus. Der Arzt, im Gefängnis der einzige Schutz wehrloser Gefangener, der den durch lange Haft, wenig Luft und Licht und schlechte Ernährung an Körper und Geist geschwächten und gequälten Menschen helfen soll, stellt sich von vornherein bewußt auf die Seite der unmenschlichen Kerkermeister. Alle öligen Erklärungen der Justizbehörden, alle sogenannten Berichtigungen der Strafvollzugsämter von „sachgemäßer Behandlung" kranker Gefangener sind durch diesen Ausspruch des Breslauer Gefängnisarztes als elende Heuchelei charakterisiert. Wenn ein Arzt in der Oeffentlichkeit eine solche brutale Einstellung zu seinem Berufe bekanntgibt, so kann er seinen Gefangenen helfen. Wenn er statt den Gefangenen ihre berechtigten Forderungen, die immer auf Beseitigung von Mißständen hinzielen, zu bewilligen, sie lieber durch den Hungerstreik zugrunde richten lassen will, dann ist bewiesen, daß niemand bei ihm Hilfe findet, solange ein Gefangener noch Lebenszeichen von sich gibt.

Bei den vielen Barbareien in den Gefängnissen, von denen bei der Abgeschlossenheit der Strafanstalten von der Oeffentlichkeit nur die wenigsten ans Tageslicht kommen, spielt der Gefängnisarzt immer eine bestimmte Rolle. Meistens heißt der Arzt alle Gewalttaten gegen Gefangene gut. Ferner versucht er vorgekommene Mißhandlungen. Von mißhandelten Gefangenen verlangte ärztliche Atteste werden entweder glatt verweigert oder verzögert. Wenn er wirklich ärztliche Anordnungen trifft, die nachher der Gefängnisverwaltung gegen den Strich gehen, duldet er immer ihre Inhibierung durch die Kerkermeister.

Sollten die vielen Selbstmorde und Selbstmordversuche in den Gefängnissen nicht auch mit auf die vom Breslauer Arzt offen ausgesprochene unmenschliche Gesinnung der Gefängnisärzte zurückzuführen sein? Eben weil die durch lange qualvolle Haft zermürbten und [illegible] Hilfe erhalten, greifen sie zu dem letzten Mittel, um sich [illegible] aus der deutschen Justizhölle zu befreien.

Wir haben über die Gefängnisgefahren [illegible] Sachsen mitgeteilt. Zwar versuchen die Behörden durch Verbreitungen den gräßlichen Eindruck solcher Mitteilungen zu verwischen, aber nirgends wird der Versuch gemacht, die Umstände, die zu den sich häufenden Mißständen führen, zu ändern.

So wird aus der Strafanstalt Groß-Strehlitz mitgeteilt, daß der Genosse Karl Gutsche deshalb sieben Tage Arrest erhielt, weil er einen Brief an den Landtagsabgeordneten Menzel geschrieben hat. Dieser politische Gefangene hat in einem Jahre 17 Wochen im Arrest und 14 Tage in der Tobsuchtszelle verbringen müssen. Der Direktor Adamitz ist gewohnt, immer sechs Wochen Arrest bei den geringsten Anlässen zu verhängen. Obwohl der Arzt den Gefangenen für „nicht zellenfähig" erklärt hatte, äußerte Adamitz: „Nicht der Arzt, ich befehle!" Am 19. September wurde dem Gefangenen ein Monat Krankenkost zugeschrieben. Der Direktor kürzte die Frist auf 14 Tage. In Groß-Strehlitz befinden sich bereits etwa 60 Gefangene, die infolge langer Haft, Arrest- und Kostentzug nervenkrank sind und auch von der Gefängnisabteilung als „geistig minderwertig" geführt werden.

Aus einem Bericht an die Kommunistische Reichstagsfraktion aus dem Amtsgerichtsgefängnis Stuttgart geht hervor, daß ein sich krank meldender Genosse vom Arzt die Antwort erhielt: „Ach, da haben wir schon viel kränkere hier gehabt." Auf seinen Einwand, daß er wegen Nierenleiden bereits vom Militär entlassen worden sei, erklärte der Arzt: „Beim Militär hat man manchen fortgeschickt, den man nicht hat brauchen können." Dort werden die Gefangenen nur wöchentlich dreimal je eine halbe Stunde an die Luft geführt.

Im Gefängnis an der Alm in Düsseldorf diktiert der Direktor bei geringsten Verstößen gegen die Hausordnung, wozu auch schon der Wortwechsel mit einem Aufseher zählt, sieben Tage Arrest mit Schmälerung der Kost auf Wasser und Brot. Die Strafe wird im „Löwenkäfig" verbüßt, der aus zwei von Eisenstäben hergestellten Gitterwänden besteht, die vom Fenster und von der Tür ½ Meter entfernt aufgerichtet sind.

Charakteristisch ist die Behandlung des Genossen Paul Weiß aus Zschorlau. Er ist bei einem Zusammenstoß mit der Elpo am Bein verwundet worden und befindet sich trotzdem seit einem Jahre im Gefängnis. Er ist zu 5½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Da natürlich im Gefängnis das Bein schlecht heilte, wurde eine Operation vorgenommen und schon 14 Tage danach wurde Weiß nach Waldheim transportiert. In einer sogenannten Berichtigung bestätigt das sächsische Justizministerium, daß Genosse Weiß im Gipsschienenverband liegt und nach seiner Ankunft in Waldheim ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Aus dem Untersuchungsgefängnis in Berlin wird mitgeteilt, daß der politische Gefangene Zeutschel bereits zweimal Selbstmordversuche gemacht hat. Trotzdem wird er auf der Fragbahre zur Vernehmung vor den Untersuchungsrichter gebracht.

Eine unerhörte Barbarei wurde aus dem Polizeigefängnis Schubbrücke in Breslau im Preußischen Landtage zur Sprache gebracht. Ein auf der „Durchreise" dort untergebrachter Genosse traf zwei Russen, die seit sieben Monaten in Schubhaft waren, ohne daß sie mit der Außenwelt in Verkehr treten konnten. Alle ihre Briefe wurden angehalten. Sie hatten weder Seife noch Kamm. Ihre Kleider waren völlig abgerissen. Ihre Zelle war voller Ungeziefer. „Mich schauderte vor ihrem Anblick", berichtete der Genosse. Der eine Russe hatte schon fünf Tage nichts gegessen. Er wollte lieber sterben, als in dieser Hölle weiterleben, sagte er.

Die schlesischen Gefängnisse sind ein Kapitel für sich. Der Strafvollzugspräsident Hamann ist zwar eifrig bemüht, jede Kritik über „seine" Gefängnisse zu berichtigen, aber die grausamen Tatsachen sind stärker als seine Worte. In einem offenen Briefe hält ein Arbeiter dem berichtigungseifrigen Hamann vor, daß er bei einem Besuche eines Verwandten mitgebrachtes Obst nicht aushändigen durfte, und daß kein zuständiger Beamter ihn anhörte und Auskunft gab.

Ueber die „Grauppe", in der der oben erwähnte Medizinalrat Dr. Fischer Gefängnisarzt ist, kamen Berichte über skandalöse Behandlungen von Gefangenen. Die Eheleute Radiewski saßen sieben Monate in Untersuchungshaft und sind kürzlich entlassen worden. Die Frau war an Blinddarmentzündung erkrankt und hatte sich über mangelhafte ärztliche Pflege zu beschweren. In seiner Entschuldigung berichtet Herr Hamann, daß die Frau „geheilt" entlassen worden sei.

Ein Gefangener Weber, der sich jetzt in einer Irrenanstalt befindet, wurde in eine Tobsuchtszelle gesperrt. Er wurde bis auf das Hemd ausgezogen und alle Gegenstände, wie Matratze, Kotkübel usw. aus der Zelle entfernt. In diesem steinernen Loch mit zementiertem Fußboden mußte der Gefangene barfuß, nur

Es genügt nicht nur einmal der „Roten Hilfe" ein kleines Scherflein zu geben!

Verpflichte dich laufend einen Beitrag an die „Rote Hilfe" abzuführen?